



der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 5/2011



Häftlinge kaufen ihr Gefängnis

Vor 50 Jahren – Mauerbau

Zwangsaussiedlung 1961

Aktuell

- 3 UOKG in Gesprächen
Kommentar

Recht

- 4 Neue Töne aus Naumburg
Härtefallregelung in der Praxis

Gedenkstätten

- 5 Cottbus: Häftlinge kaufen ihr Gefängnis

Thema

- 6 Vor 50 Jahren – Bau der Berliner Mauer
- 7 13. August 2011 in Berlin

Interview

- 8 Zwangsaussiedlung 1961

International

- 10 Europäische Aufarbeitung

Berichte

- 12 Früher Widerstand
Symposium zu Horst Bienek
- 13 Lebenslänglich
Aufklärung statt Abrechnung
- 14 „Mauer und Stacheldraht“
Transparenz schaffen

Verbände

- 15 Mühlberg
Jamlitz
Umbenennung abgelehnt
Ehrung
Angezeigt
- 16 Nachrufe
Suchanzeigen

Service/Bücher

- 17 Die DDR-Grenztruppen
- 18 Verdrängter Klassenkampf auf dem Land?
- 19 Neuauflage

Service/Veranstaltungen

17-19

Umschlagbild:

August 1961 in Berlin – Mit einem Kran werden beim Mauerbau hinter Stacheldraht Betonblöcke aufgestellt.

Foto: Helmut J. Wolf/Dt. Bundesarchiv

Das Leben hinter der Mauer

Von Roland Jahn

Eine Mauer zeigt, wo Grenzen verlaufen. Sie macht deutlich, wo das eine zu Ende geht und das andere beginnt. Wenn man als junger Mensch aus der DDR-Provinz nach Ost-Berlin einfuhr, war die Mauer nicht zu sehen. Dafür standen die Hochhäuser der West-Berliner Gropiusstadt wie ein Spalier in der Ferne. Aus dem Fenster der S-Bahn schauend sahen wir sie am Horizont. Zeugnisse der anderen Welt. Es gab auch Leben hinter der Mauer. Und ich, mit 14 oder 15 oder 17, nahm es zur Kenntnis. Speicherte es ab und verdrängte es wieder, in der Aufregung, die wuchs, je näher wir dem Ostbahnhof kamen, dem Alex, dem Zentrum der großen Stadt.

Teenager waren wir, die mal raus aus der Provinz wollten. Was erleben. In Jena fühlten wir uns wohl. Spielten Fußball. Gingen zur Schule. Hatten unsere Cliques, hörten Musik. Machten Party. Bis es Streß gab, wegen der Haare, die wir so lang tragen wollten wie die Rockstars, die wir auf unseren Parties hörten. Mick Jagger und Jim Morrison. Mit 17 fuhr ich nach Ost-Berlin, um im Volksbildungsministerium vorzusprechen. Wegen der Sache mit den langen Haaren. Meine Freunde hatten sie aus dem Unterricht entfernt und zum Friseur geschickt. „Lange Haare sind unsozialistisch“, hatten die Lehrer gesagt. Das wollten wir uns nicht gefallen lassen. Wie wir aussehen und was wir uns anziehen, das wollten wir selbst bestimmen. Und so fuhr ich nach Berlin, um dagegen zu protestieren. Stundenlang bin ich über Flure gewandert, habe vor Zimmern gewartet und denen, die die Volksbildung mit einer Frisur verbanden, unser Leid geklagt. Erfolgreich. Der Zwangsfriseur mußte nicht mehr sein. Es geht doch. Direkt vor der Tür des Volksbildungsministeriums fiel mein Blick aufs Brandenburger Tor. Ich lief drauf los, soweit wie man kommen konnte. 100 Meter vor dem Tor war Schluß. Ein Gelände, Betonstücke, Stacheldraht. Die Mauer schimmerte durchs Tor, den Westen ahnte ich dahinter. Nichts zu sehen und doch wollte ich schauen. Gucken, wo das Ende ist. So wie im Schul-Atlas Feuerland den südamerikanischen Kontinent beendet und das Kap Horn den afrikanischen, so beendete eben diese Mauer die DDR.

Nur, daß diese Grenze nicht der Geographie geschuldet war sondern dem Willen einer politischen Macht. Ich schaute aufs Ende, fand es schon merkwürdig, aber so war es eben. Ich drehte mich um. Zeit zu gehen, ich wollte den Zug nach Jena nicht verpassen.

1976 dann mußte einer, der hinter die Mauer fahren konnte, um seine Lieder zu singen, drüben bleiben. Der Liedermacher Wolf Biermann, der schon lange in der DDR Auftrittsverbot hatte. Ihm wurde eine Wiedereinreise in die DDR verboten. Ausgesperrt hatte man ihn. Nicht verdient hatte er es, in diesem Staat zu leben, sagte die Staatsmacht. Das fand ich ungerecht. Die Mauer dazu zu benutzen, sich einer kritischen Stimme zu entledigen. Die Universitätsleitung fand meine Kritik daran unzulässig und warf mich kurzerhand von der Uni. Exmatrikuliert. Entfernt aus ihren Strukturen. Ich wurde zum Feind der sozialistischen Sache und mühte mich redlich, ihr auf meine Art zu besseren Einsichten zu verhelfen. Am Ende hat sie das so geärgert, daß sie mich endlich dahin brachten, wo ich nicht hinwollte. Weg aus der Heimat, auf die andere Seite der Mauer.

Endlich den Rest der Welt bereisen zu können, war ein irres Gefühl. Ich wollte die Welt kennen lernen und mehr. Über Grenzen gehen, die man ohne Todesgefahr passieren konnte. In einem Bus in Griechenland, bei einem meiner ersten Urlaube, saß ich mit vielen anderen jungen Touristen auf den Bänken und lauschte fasziniert einem bunten Sprachengewirr. Englisch, französisch, italienisch, deutsch, türkisch. Mein Kopf bewegte sich in alle Richtungen. Die Vielfalt des Stimmengewirrs machte mir bewußt, wie beschränkt ich gewesen war, in der DDR. Wie beschränkt das ganze Land war. Eingemauert. Abgeschnitten. Auf sich allein gestellt. Ohne Chance auf Durchlüftung. Geistige Durchlüftung. Ich spürte, wie armselig es für Menschen ist, sich nicht austauschen zu können. Sich von der Weltgemeinschaft durch eine Mauer abzutrennen. Das ist kein Zustand. In der schwitzigen Enge des griechischen Busses wurde mir bewußt, was Freiheit bedeutet.

UOKG in Gesprächen

Bei der öffentlichen Anhörung im Kulturausschuß des Bundestages am 27. Juni zur 8. Novellierung des Stasiunterlagen-Gesetzes wies der UOKG-Vorsitzende Rainer Wagner als Sachverständiger u.a. darauf hin, daß nicht nur auf mögliche Tätigkeit für die Staatsicherheit hin überprüft werden sollte, sondern auch auf rechtsstaatswidrige Aktivitäten ehemaliger Nomenklaturkader. Dies könne durch Selbstauskunft geschehen, Falschaussagen hätten dann immerhin arbeitsrechtliche Konsequenzen. Auch sei es notwendig, in den alten Bundesländern zu überprüfen, zumindest bei Anhaltspunkten, z.B. bei Betätigung in linksextremen oder von der DDR finanzierten Organisationen. Darüber hinaus plädierte er für die Fortführung des Projekts „Virtuelle Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen“.

Am gleichen Tag fand auch ein Gespräch zwischen Rainer Wagner, Carola Schulze, Kerstin Kuzia von der UOKG und der Regierungsbeauftragten für Mißbrauchsoffer, Dr. Christine Bergmann, statt. Die Vertreter des Dachverbandes betonten die Notwendigkeit, auch DDR-

Heimkinder in den Kreis der Anspruchsberechtigten bei Entschädigungen mit aufzunehmen. Kerstin Kuzia, Beauftragte der UOKG für DDR-Heimkinder, überzeugte mit Berichten aus der Beratung Betroffener und ihrem eigenen Schicksal. Dr. Bergmann zeigte sich dem Problem gegenüber ausgesprochen aufgeschlossen und verständnisvoll. Rainer Wagner ergänzte, daß im Gesetzentwurf eine klare Regelung der finanziellen Wiedergutmachung nötig sei.

Bereits seit Gründung des Runden Tisches für Heimkinder (West) vor zwei Jahren hatte sich die UOKG dafür eingesetzt, betroffene Kinder aus DDR-Heimen in die Regelungen einzubeziehen. Inzwischen hat der Bundestag diese Einbeziehung auch beschlossen.

Am 5. Juli traf der UOKG-Vorsitzende den Ministerpräsidenten Brandenburgs, Matthias Platzeck, in der Potsdamer Staatskanzlei zu einem Gespräch. Platzeck bat um eine Einschätzung der Vorgänge in Brandenburg aus Sicht der Opfer und wollte sich ein Bild von der Ge-

samtsituation der ehemaligen politischen Häftlinge sowie von deren Problemen mit Versorgungsämtern und Rehabilitationsbehörden machen. Rainer Wagner erklärte, die Opfer der SED-Diktatur seien besonders bedrückt von der Tatsache, daß gerade in Polizei und Justiz Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit angestellt seien. Die ehemaligen politisch Verfolgten, häufig traumatisiert, reagierten darauf sehr sensibel. Wagner sprach u.a. auch die Situation an den Brandenburgischen Gedenkstätten an. Es bestehe der Eindruck, das Verhältnis zu Verbänden und Zeitzeugen werde durch eine zu geringe Einbindung der Betroffenen immer wieder stark belastet. Platzeck äußerte, daß ihm an einer Einteilung in Opfer erster und zweiter Klasse nicht gelegen sei. Beim Thema Versorgungsämter wies Wagner auf die guten Erfahrungen im Freistaat Thüringen hin, und Platzeck kündigte an, mit den dortigen Stellen in Kontakt zu treten. Rainer Wagners Vorschlag, der Ministerpräsident möge sich einmal im Jahr mit den Operenverbänden seines Landes treffen, wurde von diesem als Anregung aufgenommen. ■

Kommentar

Fragwürdiges Symbol

Durch „idea-Spektrum“ habe ich von der Teilnahme des EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider am Empfang der mehrfach umbenannten SED anläßlich des Kirchentags in Dresden erfahren. Dies ist ein Novum für einen EKD-Ratsvorsitzenden. Dazu sehe ich ein Bild, das den Präses in vergnügt lachender Runde mit den Genossen Hahn, Ramelow und Gysi zeigt. Auf einem weiteren Foto (gefunden im Internet) umarmt er Herrn Gysi. Möglicherweise mag sich letzterer zu diesem Anlaß an die Rolle seines Vaters erinnern haben, der zu unseligen Zeiten die ebenso unselige Funktion des DDR-Staatssekretärs für Kirchenfragen innehatte. Nur daß damals keine Kirchenvertreter umarmt wurden.

Mir tut das weh. Ich bin darüber erschrocken. Da Herr Schneider diesen Auftritt nicht als Privatperson absolvierte, sondern als Vertreter der Kirche, der auch ich als Pfarrer diene, muß ich mich davon ausdrücklich distanzieren. Hierbei geht es nicht allein um eine erwiesenermaßen im Kern verfassungsfeindliche Partei, sondern viel mehr noch um die allein verantwortliche Kraft für eine über 40 Jahre währende totalitäre Herrschaft mit Tausenden von politisch Verfolgten und Inhaftierten, mit massiver Zersetzung und Zerstörung von Lebensläufen, mit politischem Mord und Mauertoten. Diese Partei ist überdies für den flächendeckenden Atheismus im Bereich der auch zu uns gehörenden östlichen Gliedkirchen

verantwortlich, mit dessen Auswirkungen die dortigen Geschwister bis heute zu kämpfen haben. Naturgemäß weisen die aktuellen Wahlprogramme dieser Partei die Forderung nach Abschaffung des Religionsunterrichts sowie nach Abschaffung konfessioneller Schulen generell auf.

Der Ratsvorsitzende weiß das alles selbst. Um so mehr befremdet mich sein Auftritt. Ich habe ihn daher in einem Brief freundlichst gebeten, mir seine Motive zu erklären. Vielleicht gibt es auch noch andere Menschen, die ihn danach fragen.

Der sächsische Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dr. André Hahn sagte – möglicherweise selbst überrascht von der Zusage Schneiders – in seiner Ansprache auf diesem Empfang: „Dass der EKD-Ratsvorsitzende hier bei uns in Dresden erstmals an einer Veranstaltung der LINKEN teilnahm, war ein überaus bedeutsames und auch politisch wichtiges Zeichen.“ Recht hat er. Ich empfinde es als einen Dammbuch. Der Ratsvorsitzende sollte sich fragen, wie diese Symbolik auf die Opfer wirken muß! Wir sollten als Kirche an der Seite dieser Opfer stehen, insbesondere das christliche Martyrium unserer vielen Schwestern und Brüder als Vorbild ehren, anstatt es zu verhöhnern.

Michael Striss

Neue Töne aus Naumburg

Zur Rehabilitierung von ehemaligen DDR-Heimkindern

In der noch jungen Geschichte der juristischen Aufarbeitung von DDR-Kinderheimen und Jugendwerkhöfen spielte das Oberlandesgericht (OLG) Naumburg bisher eine Schlüsselrolle. So erging der berühmte Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2009 zu DDR-Kinderheimen aufgrund einer Verfassungsbeschwerde gegen einen Beschluß des OLG Naumburg. Zur Erinnerung: Das OLG Naumburg hatte die Rehabilitierung eines Antragsstellers, der in verschiedenen DDR-Kinderheimen untergebracht war, zurückgewiesen. Gegen diesen Beschluß legte der Betroffene Verfassungs-

beschwerde ein. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) stellte Fehler des OLG in der Rechtsanwendung fest und verwies den Fall an das Gericht zurück.

Mißverständliche Formulierungen in dem BVerfG-Beschluß und deren Wiedergabe durch die Presse ließen landläufig den Eindruck entstehen, es könne nun jeder Aufenthalt in einem Jugendwerkhof oder DDR-Kinderheim rehabilitiert werden. Dem war nicht so. Dennoch führte die Entscheidung dazu, daß viele Betroffene der DDR-Heimerziehung versuchten, den Weg der Rehabilitierung zu gehen. Als das OLG nach Rückverweis noch einmal in dieser Sache entscheiden mußte, erlangte der Antragsteller nur einen Teilerfolg, was – teilweise auch den unglücklichen Formulierungen in dem Beschluß geschuldet – heftige Kritik in den Opferverbänden hervorrief.

Ein kürzlich ergangener Beschluß des OLG Naumburg weist nun in eine ganz andere Richtung. Hier wurde ein Antragsteller rehabilitiert, der seine gesamte Kindheit und Jugend – insgesamt 18 Jahre – in verschiedensten Einrichtungen verbringen mußte. Grund dafür war die Flucht der Mutter in die Bundesrepublik unmittelbar nach der Geburt des Kindes, welches sofort in ein Kinderheim eingewiesen wurde. Einige Jahre später stellte die Mutter einen Antrag auf Überführung des Kindes in die Bundesrepublik, der aber abgelehnt wurde.

In der knappen Begründung führt das OLG folgendes aus: Die Unterbringung habe der politischen Verfolgung gedient, weil sie eine unmittelbare Reaktion auf die Republikflucht der Mutter des Betroffenen gewesen sei. Außerdem sei nicht ersichtlich, warum es nicht möglich gewesen wäre, das Kind in der Familie oder einer Pflegefamilie unterzubringen. Spätestens seit dem Antrag auf Familienzusammenführung sei die Einweisung ohne ersichtlichen Grund aufrechterhalten worden.

Hervorzuheben ist: Das OLG sieht die Heimeinweisung wegen einer Republikflucht der Mutter als politische Verfolgung des Kindes an. Schön, daß das OLG Naumburg dies in solcher Deutlichkeit zum Ausdruck bringt.

Florian Kresse, Jurist
UOKG e.V.

BSV

Der einzig im Bund der Stalinistisch Verfolgten in Deutschland e.V. (BSV) verbliebene Landesverband, Berlin-Brandenburg, ruft alle Mitglieder auf, die im Rahmen der Schließung der anderen Landesverbände nicht aus dem BSV ausgetreten sind, sich wegen eventuell anstehender Neuwahlen möglichst schriftlich unter folgender Adresse zu melden: BSV Landesverband Berlin-Brandenburg, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin; u.U. auch unter Tel. (030) 55 49 63 34. (Laut am 7.4.2011 beim Landgericht Leipzig verkündetem Urteil sind die auf der Mitgliederversammlung des BSV am 9.5.2009 in Magdeburg gefaßten Beschlüsse, besonders zur Schließung des BSV e.V., nichtig.)

Vorstand d. BSV-LV Berlin-Brandenburg

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonabends, am 6., 13., 20. und 27. August sowie am 3. September, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

Härtefallregelung in der Praxis

Im Zuge der letzten Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze (Dezember 2010) wurde die Härtefallregelung §19 StrRehaG auch auf die sogenannte Opferrente übertragen. Die Aus- und Durchführung der Härtefallregelung ist Sache der Länder bzw. der dazu eingerichteten Behörden für die sogenannte Opferrente. Auf Anfrage wurde vom Bundesjustizministerium pauschal mitgeteilt: „Wenn die Versagung der besonderen Zuwendung im *Einzelfall* Sinn und Zweck des Gesetzes widersprüche und zu einer gravierenden Ungerechtigkeit führen würde, greift die Härtefallregelung zu Gunsten des Betroffenen.“ Es können künftig auch Fälle erfaßt werden, bei denen durch Vorverlegung des Entlassungstages die Min-

destdauer von 180 Hafttagen geringfügig unterschritten ist.

Das Niedersächsische Netzwerk für SED- und Stasi-Opfer versteht sich als Lobby für die Opfer der zweiten deutschen Diktatur. Das Netzwerk hat vor allem den Fall eines Betroffenen aus Hamburg besonders intensiv begleitet, weil es sich hierbei um ein exemplarisches Problem handelte. Gerade an diesem Fall sollte geklärt werden, ob die erweiterte Härtefallregelung auch praktisch angewandt werden würde. Die gute Nachricht: Der Antrag (178 Tage Haftdauer) wurde positiv beschieden. Leider gab es aber keine Begründung, so daß wir einen Erfahrungswert nicht weitergeben können. Auch aus Nie-

dersachsen wird uns ein erster Positivbescheid bestätigt.

Erkenntnisse aus anderen Bundesländern liegen bei uns noch nicht vor. Da die einzelnen Bundesländer die Durchführungsbestimmungen unterschiedlich bewerten, ist eine Pauschalaussage leider nicht möglich.

Das Bundesministerium der Justiz ist generell für alle Fragen der Einheit bzw. vorrangig zur Überprüfung der geltenden Rechtslage und für Fragen der Gesetzgebung zuständig.

Hartmut Büttner MdB a.D.
Sprecher Netzwerk Niedersachsen

Häftlinge kaufen ihr Gefängnis

Wie aus dem Zuchthaus Cottbus eine Gedenkstätte wird

Der 2. Mai 2011 war für Dieter Dombrowski ein sehr bewegender Tag. Der ehemalige politische Häftling, der wegen Republikflucht im berühmten Zuchthaus Cottbus Mitte der 70er Jahre inhaftiert war, durfte als Vorsitzender des Vereins „Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.“ das Gefängnis kaufen, in dem er und Tausende anderer Häftlinge eingesperrt waren. Ziel des Vereins ist es, aus dem Gefängnis eine Gedenk-, Bildungs- und Begegnungsstätte zu errichten. Nun geschieht das Einmalige in der Gedenkstättenlandschaft Deutschlands: Ein Verein von vorwiegend ehemaligen politischen Häftlingen wird Eigentümer eines Gefängnisses und Träger einer Gedenkstätte. Keine Stiftung, kein Ministerium oder Wissenschaftsrat hat das letzte Wort, sondern der Vorstand des Vereins.

Kulturstaatsminister Neumann, das Land Brandenburg und private Spender unterstützen finanziell das ehrgeizige Vorhaben. Wobei die Fördergelder des Landes Brandenburg aus den sogenannten Partei- und Massenorganisationsgeldern (PMO-Mittel) stammen, das heißt, aus den veruntreuten und auf ausländischen Konten angelegten Geldern der SED und

ihrer Organisationen, die jetzt solchen guten Zwecken zugute kommen. An dieser Stelle muß die großartige und parteiübergreifende Unterstützung durch die Stadt Cottbus besonders erwähnt werden, gerade wenn man bedenkt, wie vielfach Opfer und Opfervereine mißachtet werden und um die Beachtung ihrer berechtigten Interessen kämpfen müssen.

Die rund zwei Millionen Euro, die der Verein aus der öffentlichen Hand bekommt, reichen leider nicht aus, um das komplette Gelände von 22 000 qm – bestehend aus sieben Gebäuden, einer 500 m langen Mauer und drei Wachtürmen – zu sanieren. In der ersten Bauphase werden deshalb nur das Torhaus teilweise und das Hafthaus 1 zum größten Teil saniert. In diesem Hafthaus soll im Erdgeschoß eine Ausstellung über die politische Verfolgung in drei Epochen – der Weimarer Republik, der Nazi- und der SBZ/DDR-Zeit – zu sehen sein. Dabei werden nur die Aspekte der politischen Verfolgung, die Bezug zum Zuchthaus Cottbus haben, schwerpunktmäßig dargestellt. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen die Zeitzeugen, deren Schicksale selbstverständlich in die politischen Geschehnisse der je-



Siegmar Faust, einer der prominentesten DDR-Häftlinge der 70er Jahre in der Kellerzelle „Tigerkäfig“, wo er 401 Tage seines Lebens verbringen mußte.

weiligen Epoche eingeordnet werden. Die Eröffnung der Ausstellung ist für Anfang 2013 geplant. Darüber hinaus werden im zweiten Obergeschoß Musterzellen wiederhergerichtet. Die restlichen Gebäude sind für die Öffentlichkeit vorerst nicht zugänglich. Es gibt jedoch bereits jetzt originelle Pläne für die Nutzung und für weitere Sonderausstellungen, damit in Cottbus eine Gedenkstätte entsteht, die Besucher von nah und fern anlocken wird.

Sylvia Wähling

Wie Sie uns helfen können!

Wir suchen

- für unsere Ausstellung, die sich nur mit der politischen Verfolgung im ehemaligen Zuchthaus Cottbus befassen wird, Zeitzeugen, d.h. Menschen, die hier inhaftiert gewesen sind
- Originaldokumente oder Fotos von 1860 bis 1990 über das Zuchthaus Cottbus, Stasi- und Haftakten
- Bücher mit Hafterinnerungen, auch Manuskripte, Urteile, Briefe und herausgeschmuggelte Gegenstände
- Informationen zu Inhaftierten, die verstorben sind, aber auch zum Personal der NS- und DDR-Zeit
- Zeitzeugen, die über ihre Erlebnisse vor Schülern berichten möchten
- ehemalige Häftlinge, die uns ihre Geschichte erzählen oder gern mit Gleichgesinnten reden wollen



Fotos: Sylvia Wähling

Das Hafthaus 1, Kerngebäude der Gedenkstätte.

Das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.

Gründung: 31. Oktober 2007 – Mitglieder: 98 vorwiegend ehemalige politische Häftlinge aus dem Zuchthaus Cottbus (Stand Juni 2011)

Ziel: „Der Verein hat zur Aufgabe im Rahmen der Aufarbeitung und der Aufklärung über die Geschichte der beiden ehemaligen DDR-Haftanstalten in Cottbus einen Beitrag zur Versöhnung zu leisten und in Aufarbeitung der Unrechtsgeschichte dieses Ortes Verständnis und Hilfsbereitschaft für Menschen zu wecken, die in anderen Staaten dieser Welt politisch, rassistisch oder religiös verfolgt werden.“ (aus der Satzung)

Vorsitzender: Dieter Dombrowski, MdL

Kontakt: Sylvia Wähling, Geschäftsführende Vorsitzende, Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., Bautzenerstraße 139, 03050 Cottbus, Tel.: 0355-4838333, 0172-3474179, sylvia.waehling@menschenrechtszentrum-cottbus.de, www.menschenrechtszentrum-cottbus.de

Vor 50 Jahren Bau der Berliner Mauer

Von Friedrich-Wilhelm Schlomann

Nach dem Zweiten Weltkrieg teilten die vier Siegermächte das bisherige Hitler-Deutschland in Zonen auf, in den denen jede Besatzungsmacht eigenverantwortlich nach eigenem Gutdünken vorging. Ähnlich bestanden in Berlin vier Sektoren, aber für jeden einzelnen besaßen sämtliche Mächte die gleichen Rechte. Keine drei Jahre später jedoch begann die Berliner Blockade: Ziel der Sowjets war es, die den zwei Millionen West-Berlinern drohende Hungersnot als politisches Druckmittel zu benutzen, um von den

hang zu beobachten, andererseits für die DDR-Bevölkerung das „Schaufenster des Westens“ und nicht zuletzt Möglichkeit zur Flucht in den Westen. Von 1945 bis 1961 verließen hauptsächlich über West-Berlin mehr als drei Millionen Männer und Frauen ihre DDR-Heimat (bei einer Bevölkerung von 18 Millionen war das jeder sechste). Von Anfang 1961 bis August flohen weitere 150 000 Menschen, die Hälfte war jünger als 25 Jahre.

Im März 1961 erklärte SED-Chef Ulbricht auf einer Tagung des Warschauer Paktes, angesichts dieser Fluchtbewegung könne die DDR ihre Verpflichtungen gegenüber dem Sowjetblock nicht erfüllen, und er schlug eine Barriere zwischen den beiden Stadtteilen Berlins vor. Von den Ostblock-Staaten wurde dies zurückgewiesen, und auch Chruschtschow zögerte. Am 15. Juni dann betonte Ulbricht: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“ Chruschtschow seinerseits drohte einen Friedensvertrag mit der DDR an, der jeden Zugangsweg der West-Alliierten nach Berlin der DDR übertragen und West-Berlin zu einer „Freien Stadt“ machen würde. Anfang August gab er seine Einwilligung zum Bau der Mauer: Er hatte dies zuvor dem US-Sonderberater McCloy bei einem Treffen auf der Krim mitgeteilt und wußte, die USA würden die Schließung der Sektorengrenze hinnehmen und keinen Krieg riskieren, sofern alliierte Rechte nicht verletzt würden. Tatsache ist aber ebenso, daß Washington die mit ihnen eng verbündeten Deutschen nicht informierte. Der BND gab wiederholt Hinweise, die auf größere Absperrungen hindeuteten, doch im fernen Bonn hielt man eine derartige Zweiteilung Berlins schlicht für unmöglich. Kannten die Amerikaner damals auch das genaue Datum? Am 13. August jedenfalls war das CIA-Hauptquartier in West-Berlin allzu auffällig ruhig. Innerhalb der DDR-Führung dürften die letzten Tage zuvor höchstens 20 Personen informiert gewesen sein, selbst der Staatssicherheitsdienst wurde überrascht. Am letzten Tage flohen über 2400 DDR-Bürger nach West-Berlin.

Am 13. August war um 6.00 Uhr die Sektorengrenze von 10 000 Grenz- und Bereitschaftspolizisten sowie 4500 Mitgliedern der „Kampfgruppen“ (paramilitärische Einheiten) abgeriegelt. In diesen Tagen gab es allerdings lediglich Stacheldrahtsperrren. Erst als man sich der

Untätigkeit des Westens völlig sicher war, wurde die erste Mauer aus Beton gebaut.

Politisch war sie ein Zeichen der Schwäche der DDR-Führung gegenüber ihren eigenen Untertanen, eine Kapitulation des Kommunismus gegenüber der freien Welt. Die Parole vom „antifaschistischen Schutzwall“ als Maßnahme gegen die „Faschisten im Westen“ und gegen den „Einmarsch der Bundeswehr“ in die DDR – und das im Zeichen von Atom-Raketen! – wurde nirgendwo geglaubt. Aber es war ein psychologischer Sieg Ost-Berlins insofern, als die Menschen der DDR sich vom Westen verraten und verlassen fühlten. Bei vielen schwand die letzte Hoffnung auf eine Wiedervereinigung in absehbarer Zeit. Nach DDR-Angaben von 1988 kostete diese „Staatsgrenze“ bis dato bereits 1,2 Milliarden DDR-Mark. Zuletzt wurde sie von 38 000 Grenzsoldaten bewacht. Dennoch fanden rund 5000 DDR-Bewohner mit Hilfe falscher Papiere, durch angelegte Tunnel bis hin zu selbstgebastelten Ballons den Weg in die Freiheit. Viele bezahlten ihre Flucht jedoch mit dem Leben.

Die Westmächte waren nach dem 13. August 1961 letztlich erleichtert, weil nach ihrer Ansicht fortan Ruhe in Deutschland herrschen würde. Ihre Rechte wurden durch die Absperrungen kaum berührt, denn ihren Anspruch, am Vier-Mächte-Status von Gesamt-Berlin festzuhalten, hatten sie de facto längst aufgegeben. Formal haben sie durch ihr Verhalten keinerlei Garantien gegenüber Berlin verletzt: Alle Erklärungen sprechen zwar von (Gesamt-)Berlin und damit nicht lediglich vom West-Teil, gleichwohl ergibt eine sinnvolle Auslegung, daß nur West-Berlin gemeint sein konnte. Garantien galten nicht für den Ost-Sektor. Selbst die Freizügigkeit zwischen Ost- und West-Berlin wurde in keiner Erklärung manifestiert. Daß die Mauer furchtbare Schicksale verursachte, die jahrzehntelange Trennung vieler Familien bedeutete, dafür fühlte sich niemand zuständig. Vergessen sollte man ebenfalls nicht: In der Bundesrepublik verabschiedeten sich im Laufe der Jahre viele Politiker vom Wiedervereinigungsgebot, das nach der westdeutschen Verfassung eigentlich die zentrale Staatsziel-Bestimmung war. Man gewöhnte sich an die Mauer, man glaubte nicht mehr an eine zukünftige Einheit, viele wollten sie schließlich auch nicht mehr.

1961 – Haftarbeitslager für „Arbeitspflichtige“

Durch den Bau der Mauer zwischen Ost- und West-Berlin 1961 waren von der „Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung“ die sogenannten Grenzgänger oder Pendler betroffen. Ihnen konnte auch ohne Verletzung eines bestimmten Strafgesetzes durch ein Urteil des Kreisgerichts die Beschränkung ihres Aufenthalts auferlegt werden. Das betraf z.B. Bürger aus Ost-Berlin und den Randgebieten, die in West-Berlin ihren Lebensunterhalt verdienten, ebenso Jugendliche, die Schulen und Ausbildungsstätten in West-Berlin besuchten. Ihnen wurde nach der Grenzschließung eine Arbeit in volkseigenen Betrieben auf dem Territorium der DDR zugewiesen. Viele dieser Menschen verweigerten die ihnen zugewiesene Arbeit, was für sie Folgen hatte. Gegen solche und andere „Asoziale“ wurde der Paragraph 249 des Strafgesetzbuches der DDR angewandt: „Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch asoziales Verhalten (1) Wer das gesellschaftliche Zusammenleben der Bürger oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigt, indem er sich aus Arbeitsscheu einer geregelten Arbeit entzieht, obwohl er arbeitsfähig ist, wird mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe oder mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft.“ Nach diesem Paragraphen wurden 1961 viele Arbeitspflichtige, die zur Arbeitserziehung und Aufenthaltsbeschränkung verurteilt waren, in Haftarbeitslager eingewiesen.

Quelle: Geschichte und Entwicklung des Strafvollzugs in der Region Ueckermünde, Hg. Verein zur Förderung Gefangener und Entlassener der JVA Ueckermünde e.V.

West-Alliierten die Preisgabe der alten deutschen Hauptstadt oder Konzessionen in West-Deutschland zu erpressen. Dank der tapferen Haltung der West-Berliner Bevölkerung und besonders der Luftbrücke der Amerikaner, Briten und Franzosen scheiterte dieser erste Versuch.

Als 1952 die DDR an ihrer Zonengrenze alle Verbindungen zu West-Deutschland sperrte, wurde West-Berlin einerseits für die freie Welt ein sehr wichtiger Ort, um die Entwicklung hinter dem Eisernen Vor-

13. August 2011 in Berlin

Am historischen Ort wird der Opfer der Teilung gedacht

(g/bm) Die Gedenkstätte Berliner Mauer erstreckt sich am historischen Ort in der Bernauer Straße entlang des ehemaligen Grenzstreifens. Die Geschichte dieser Straße zeigt exemplarisch die Auswirkungen des Mauerbaus und dokumentiert die Versuche, der Diktatur zu entkommen und ihr etwas entgegenzusetzen. An diesem zentralen Erinnerungsort zur deutschen Teilung wird am 13. August der Opfer gedacht.

Lesung der Biographien von Mauertoten

00.00-6.00 Uhr, Ort: Kapelle der Versöhnung (auf dem Gelände der Gedenkstätte an der Bernauer Straße)

Das Gedenken an den 50. Jahrestag des Mauerbaus beginnt bereits in der Nacht zum 13. August mit der Lesung der Biographien von Mauertoten. In der Kapelle der Versöhnung können die Geschichten von Menschen gehört werden, die an der Berliner Mauer getötet wurden oder ums Lebens kamen.

Gedenkveranstaltung zum Mauerbau

10.00-12.00 Uhr, Ort: Hauptbühne Bernauer Str./Ackerstr.

Die zentrale Gedenkveranstaltung ist den Opfern von Mauer und Teilung gewidmet. Nach der Begrüßung und den Ansprachen des Bundespräsidenten, des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, des Beauftragten für Kultur und Medien, wird die Zeitzeugin Freya Klier von ihrer Flucht berichten. Die Folgen der Grenzschießung für die Menschen in Ost und West sind Thema der neuen Außenausstellung entlang der Bernauer Straße, deren zweiter Abschnitt eröffnet wird. Anschließend findet in der Kapelle der Versöhnung eine ökumenische Andacht statt, die zur Kranzniederlegung am Denkmal überleitet. Zum Schluß wird mit einer Schweigeminute in ganz Berlin an den Schrecken der Teilung und ihre friedliche Überwindung erinnert (s. Kasten). Anschließend singen „Chöre der Stadt“.

Moderierte Gästerunden

12.20-19.00 Uhr, Ort: Hauptbühne Bernauer Str./Ackerstr.

Zeitzeugen erinnern sich in Gesprächsrunden an die unmittelbaren Auswirkungen und Folgen der Teilung der Stadt auf ihren Alltag und ihr Berufsleben. Neben Anwohnern der Bernauer Straße, Vertretern des Berliner öffentlichen

Dienstes und der ehemaligen Alliierten berichten Journalisten, Fluchthelfer und Flüchtlinge. Weitere Gesprächsrunden widmen sich dem Freikauf und ungewöhnlichen Fluchtwegen. Künstlerische Beiträge umrahmen das Programm.

Filmvorführung „Mauerhaft“

19.00-20.00 Uhr, Ort: Hauptbühne Bernauer Str./Ackerstr.

Der Film „Mauerhaft“ ist eine Sammlung ganz persönlicher filmischer Dokumente aus den Jahren 1950 bis 1990, die ein emotionales Stück dramatischer Weltgeschichte widerspiegeln. Dazu wurden 8-mm-Filme von Amateurfilmern aus Ost und West gesammelt und deren Erinnerungen an die Mauer für jedermann sichtbar gemacht.

Info-Meile der Zeitgeschichte

12.00-18.00 Uhr, Ort: Bernauer Str./Gartenstr. gegenüber Besucherzentrum

An über 40 Infoständen präsentieren Opferverbände, Grenzlandmuseen, Gedenk- und Erinnerungsstätten, zeitgeschichtliche Museen sowie weitere Initiativen und Einrichtungen ihre Arbeit und kommen mit Besuchern ins Gespräch.

Fluchthelfer-Flüchtlings-Treffen

18.00 Uhr, Ort: Kapelle der Versöhnung
Auch nach dem Mauerbau versuchten noch Tausende von DDR-Bürgern trotz aller Gefahren über die geschlossene Grenze zu flüchten. Viele von ihnen erhielten dabei Unterstützung aus dem Westen. Besonders an den West-Berliner Universitäten und Hochschulen bildeten sich Fluchthilfegruppen, die auf vielfältigen Wegen unter hohem persönlichen Einsatz Menschen den Weg in die Freiheit ermöglichten. Sie überwandern Sperranlagen, krochen durch die Kanalisation oder durch Tunnel, wurden mit geborgten und gefälschten Pässen durch die Grenzkontrollen gebracht oder in umgebauten Autos versteckt über die Grenze gefahren. Die meisten Flüchtlinge und Fluchthelfer haben sich seitdem aus den Augen verloren. Viele würden sich aber gern wiedersehen. Die Stiftung Berliner Mauer und ein Kreis von Flüchtlingen und Fluchthelfern nehmen den 50. Jahrestag des Mauerbaus zum Anlaß, zu einem gemeinsamen Treffen in der Gedenkstätte Berliner Mauer einzuladen.

Im Anschluß an eine gemeinsame Veranstaltung in der Kapelle gibt es die Möglichkeit zu Begegnung und Gespräch in

Eine Minute für die Freiheit!

Vor 50 Jahren, am 13. August 1961, wurde in Berlin die Mauer errichtet. Stacheldraht sperrte Straßen, trennte Familien und Freunde – eine tödliche Grenze durchschnitt das Herz der Stadt.

Der Versuch, die Massenfluchten von Bürgern aus der DDR mit Mauer und Stacheldraht zu verhindern, war das Eingeständnis des Scheiterns der SED-Politik, und dieser Versuch war letztlich erfolglos gegen den Freiheitswillen seiner Bürger. Doch 28 Mauer-Jahre zerstörten viele Leben.

1989 ist die Mauer gefallen. Dies gilt weltweit als Beispiel für den Erfolg des Strebens nach Demokratie und Menschenrechten.

Wir rufen dazu auf, am 13. August 2011 um 12.00 Uhr eine Minute innezuhalten, im Gedenken der Opfer von Mauer und kommunistischer Gewaltherrschaft, in Erinnerung an die mutigen und gewaltfreien Bürger, die die SED-Diktatur stürzten.

Förderverein Berliner Mauer
Union der Opferverbände kommunistischer
Gewaltherrschaft (UOKG)

den Räumen des Vereins Berliner Unterwelten in der Brunnenstraße 105, 13355 Berlin. Am 13. August besteht bereits ab 13.00 Uhr die Gelegenheit, an einem Informationsstand in der Kapelle Kontakt aufzunehmen und Auskünfte über das Treffen zu erhalten.

Darüber hinaus gibt es am Nachmittag des 13. August weitere Angebote der Gedenkstätte, u.a. eine Tanzperformance auf dem Gelände, ein Zeitzeugencafé im Hotelgarten hinter dem Dokumentationszentrum, ein umfangreiches Kinderprogramm sowie jeweils um 13.00, 15.00 und 18.00 Uhr Sonderführungen über das neue Gedenkstättenareal, Treffpunkt: Vorplatz der Kapelle der Versöhnung.

Open-Air-Kino

Vom 11. bis 13. August wird es an drei Abenden jeweils ab 21.00 Uhr Filmvorführungen unter freiem Himmel an der Bernauer Straße geben. Das Filmprogramm besteht aus einmaligen zeithistorischen Dokumenten, die öffentlich zum Teil bisher kaum gezeigt worden sind. Es wird durch Gespräche mit Zeitzeugen und Experten ergänzt (Eintritt frei).

Weitere Einzelheiten des Programms sind im Internet unter www.50jahremauerbau.de oder am Informationstresen im Besucherzentrum der Gedenkstätte zu erhalten.

Wie Aussätzige behandelt

Ein Gespräch mit dem Zwangsausgesiedelten Ernst-Otto Schönemann

Ernst-Otto Schönemann: geboren 1941 in Lenzen an der Elbe, 1961 zwangsausgesiedelt, Diplom-Ing. für Elektrotechnik, verheiratet, zwei Kinder, stellv. Vorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft

stacheldraht: Jedes Jahr am 3. Oktober wird die deutsche Wiedervereinigung ge-

und sie ein bißchen gestützt hätte, ich weiß nicht... Bei dieser zweiten Aktion gab es ja die Anweisung, sehr genau darauf zu achten, daß niemand Selbstmord begeht, denn das war 1952 häufiger passiert. An diesem Tag wäre es meinen Eltern also kaum gelungen, aber bei nächster Gelegenheit hätten sie es wahrscheinlich getan.

stacheldraht: Und wo wurden Sie hingebbracht?

Schönemann: Wir sollten nach Wodenhof bei Grambow. Das sagte uns erstmal überhaupt nichts. Der Ort liegt westlich von Schwerin. Zunächst bekam mein Vater eine Art Zuckerschokk, so daß der ganze Troß, einschließlich Stasi und Polizei, halten mußte, damit er sich behandeln lassen konnte. Bei einem späteren Halt durften wir dann das erste Mal telefonieren, um die Familie zu informieren. Das war uns bis dahin untersagt.

stacheldraht: Was fanden Sie in Ihrem neuen Wohnort vor?

Schönemann: Dieser Ort bestand aus vier, fünf Bauernhöfen, das war alles. Etwas abseits stand noch ein Haus, da sollten wir rein. Als wir ankamen, stellten wir fest, daß es weder fließendes Wasser gab noch eine Toilette. In den Räumen liefen Ratten herum, und die Türen und Wände hatten faustgroße Löcher. Bauern sagten uns, daß dort zwei Jahre lang Getreide gelagert worden war.

stacheldraht: Sind Sie eingezogen?

Schönemann: Wir haben die Möbel dort untergestellt, für meinen Vater und mich auch Betten. Meine Mutter bekam ein paar Tage Quartier beim LPG-Vorsitzenden, der uns gegenüber zum Glück gar nicht voreingenommen war. Die nächsten zehn Tage haben wir fast nur auf Ämtern verbracht. Wo wir auch hinkamen, man hat uns erstmal dieses Partei-Latein erzählt – wir müßten das doch verstehen, es wäre zu unserem eigenen Schutz. Solchen ideologischen Schwachsinn kriegten wir präsentiert. In der Bezirksparteileitung ist meine Mutter dann zusammengebrochen. Sie hat entsetzlich geweint und gejammert. Davon war der Funktöner offensichtlich so überfordert, daß er

nur noch sagte: „Ihnen wird geholfen.“ Sie haben uns tatsächlich ein anderes Quartier gegeben, in Wüstmark, nahe bei Schwerin. Dort mußten wir allerdings auch erstmal eine Toilette bauen, und die Wände waren so dünn, daß es im Winter erbärmlich kalt blieb.

stacheldraht: Was hat Ihre Familie durch diese Zwangsausiedlung verloren?

Schönemann: Der materielle Schaden war riesengroß. Wir hatten ein Geschäft, das seit 99 Jahren bestand und von meinem Urgroßvater gegründet worden war. Mein Großvater, mein Vater und ich waren in Lenzen geboren und führten es weiter. Uns gehörten noch zwei Häuser, Gärten und ein paar Morgen Land. Aber viel schlimmer war der immaterielle Schaden. Wir waren tief verwurzelt in Lenzen, dieser Kleinstadt an der Elbe, hatten dort viele gute Freunde, Bekannte und Nachbarn. Plötzlich war das alles weg.

stacheldraht: Kam die Aktion für Sie überraschend?

Schönemann: Sie hat uns völlig überumpelt. Obwohl ich mich noch gut erinnern kann, daß wir bei der ersten Aktion 1952 oben an den Fenstern standen und verzweifelt dachten: Kommen sie auch zu uns? Denn beide Aktionen richteten sich vorwiegend gegen Mittelständler, unangepaßte Intellektuelle und gutsituierte Bauern. Es war kaum ein Arbeiter dabei. 1952 war die Grenze ja noch offen, und deshalb sind zwei Drittel der Betroffenen sehr schnell in den Westen verschwunden. Bauern und Handwerker aus Lenzen haben sich oft direkt auf der anderen Elbseite in Niedersachsen angesiedelt.

stacheldraht: Hätten Ihre Eltern das auch gemacht, wenn die Grenze noch nicht geschlossen gewesen wäre?

Schönemann: Sie wären ganz sicher nicht dageblieben. Meine Mutter hatte vor Grenzschießung sogar ein Angebot, in Braunschweig ein Geschäft zu übernehmen. Aber mein Vater hing eben zu sehr an seinem Heimatort.

stacheldraht: Haben Sie gehofft, jemals nach Lenzen zurückkehren zu können?



Ernst-Otto Schönemann: „Wir waren tief verwurzelt...“

feiert. Für Sie ist das aber auch ein bitterer Tag. Warum?

Schönemann: Wie für viele Menschen, die in der DDR an der Grenze lebten, hat für mich der 3. Oktober eine ganz entscheidende Bedeutung, weil an diesem Tag im Jahr 1961 die zweite große Aktion der Zwangsausiedlungen stattfand. 1952 hatte es schon einmal ca. 8000 Menschen entlang der gesamten innerdeutschen Grenze getroffen. 1961 waren es dann ca. 4000, zu denen auch meine Eltern und ich gehörten. Das ist ein Einschnitt im Leben, den man nicht vergißt.

stacheldraht: Was ist Ihnen an diesem Tag genau passiert?

Schönemann: Ganz früh am Morgen klingelte es Sturm, dann standen plötzlich so acht, neun Leute im Zimmer. Innerhalb von vier Stunden sollten wir unsere privaten Sachen packen und Lenzen verlassen. Für meine Eltern war das sehr schlimm, die sind fast zusammengebrochen. Wenn ich nicht dagebewesen wäre

Schönemann: Nein, nie. Daß wir vor dem Ende dieses Regimes wieder nach Hause dürften, haben wir nie angenommen.

stacheldraht: Weshalb hat es gerade Sie getroffen?

Schönemann: Das hat uns zwar niemand gesagt, aber ich sehe zwei mögliche Gründe dafür. Zum einen waren wir geschäftlich erfolgreich. HO und Konsum sind auf keinen grünen Zweig gekommen. Und von der Zwangsaussiedlung waren beide Elektromeister am Ort betroffen, einer davon mein Vater. Zum anderen war er als ausgebildeter Elektroingenieur befreundet mit dem Funkmeister auf der anderen Seite der Elbe. Seit den 20er oder 30er Jahren gab es dort schon einen Funkturm. Und irgendwie ist die Staatssicherheit dahintergekommen, daß mein Vater zu diesem Funkmeister in Niedersachsen gute Kontakte hatte, und die wollte sie nutzen. 1955 wurde er plötzlich auf die Polizeiwache in Lenz bestellt und kam völlig erledigt wieder. Das wiederholte sich ein halbes Jahr lang jede Woche. Er hat sofort jeglichen Kontakt zu seinem Freund abgebrochen und ihm erst, als er in Rente ging, alles erzählt. Die Freundschaft hat bis zum Tod gehalten.

stacheldraht: Konnten Sie mit Menschen in der neuen Umgebung darüber sprechen, was Ihnen passiert war?

Schönemann: Wir haben mit niemandem darüber gesprochen, den wir nicht näher kannten. Bei Fremden oder Systemnahen hätten wir riskiert, als Verleumder der DDR angezeigt zu werden. Öffentlich durfte über Zwangsaussiedlung nicht geredet werden. Die Reaktionen auf uns waren auch ganz unterschiedlich. Mein Vater mußte sich ja schnell um Arbeit kümmern. Deshalb gingen wir zur Handwerksammer in Schwerin. Dort sind wir freundlich aufgenommen worden und man hat uns geholfen. Ganz anders bei der Industrie- und Handelskammer. Obwohl mein Vater dort seit Jahren Mitglied war, wurden wir wie Aussätzige behandelt. Ich weiß nicht, ob sie uns wirklich für Verbrecher hielten, wahrscheinlich hatten sie vor allem Angst. Meine Mutter befreundete sich mit einer Frau, die einen Laden hatte. Der konnte sie vertrauen und hat mit ihr das Ganze sehr ausführlich besprochen, immer wieder, stundenlang.

stacheldraht: Haben Sie und Ihre Fa-

milie die Aussiedlung im Laufe der Jahre seelisch verkräftet?

Schönemann: Meine Eltern nie wirklich. Das Thema kam immer wieder auf den Tisch. Meine Mutter weinte dann bald, mein Vater wurde immer ruhiger, und man merkte ihm seine innere Verzweiflung an, bis zu seinem Tod, der durch die Zwangsaussiedlung vielleicht auch beschleunigt worden ist. Meine Mutter hat nie aufgehört zu fragen, warum es gerade uns getroffen hat. Mir hat dieses Ereignis die klare Erkenntnis gebracht, niemals in die Partei zu gehen. Es gibt ja den Spruch, wer mit 20 kein Kommunist ist, hat kein Herz. Mir hat man mit 20 das Herz genommen. Aber ich habe immer gedacht, im Gegensatz zu meinen Eltern sei ich nicht traumatisiert. Das stellte sich am 9. November 1989 als Irrtum heraus. Als ich hörte, daß die Mauer geöffnet ist, hatte ich einen Kreislaufzusammenbruch, der Notarzt brachte mich noch nachts ins Krankenhaus. Lange Zeit konnte ich keinen zusammenhängenden Satz mehr sprechen. Meine Angst, die politischen Veränderungen könnten doch wieder rückgängig gemacht werden, hat uns dazu gebracht, noch im Dezember 1989 nach West-Berlin überzusiedeln.

stacheldraht: Ihr Vater ist 1971, ihre Mutter 1984 gestorben. Sind Ihre Eltern posthum rehabilitiert worden?

Schönemann: Ich habe eine Rehabilitierung für meine Eltern und mich erhalten. Allerdings ist sie ohne finanzielle Folgen. Da mein Vater damals die Immobilien an seine Schwester übertragen hat, die sie allerdings nicht halten konnte und verschenken mußte, ist in meinem Fall sowieso alles weg. Aber auch dort, wo es nach Rückzahlung der DDR-Entscheidung zum Erwerb des alten Grundstücks kommt, ist den meisten Betroffenen damit nicht gedient, denn häufig bekommen sie nur noch Ruinen. Und die müssen sie dann auf eigene Kosten sanieren.

stacheldraht: Die Zwangsausgesiedelten gehören zu den Opfergruppen, die de facto vom Entschädigungsrecht politisch Verfolgter der SBZ/DDR ausgenommen sind. Woran liegt das?

Schönemann: Weder die Öffentlichkeit noch die meisten Politiker wollen wahrhaben, daß nur 3,3 Prozent der in den Grenzgebieten lebenden Bevölkerung ausgesiedelt wurden. Viele scheinen noch anzunehmen, diese Aktionen wurden veranstaltet, um den Grenzstreifen

frei zu räumen. Der überwiegende Teil der Menschen wohnte jedoch weiter dort. Es hat eine politische Auslese von 3,3 Prozent stattgefunden, ganz gezielt. Und deshalb ist die verwaltungsrechtliche Rehabilitierung auch absurd, eine politische wäre angemessen.



Vater Otto Schönemann an der neuen Unterkunft in Wüstmark.

stacheldraht: Was müßte Ihrer Meinung nach getan werden?

Schönemann: Ich bin überzeugt, daß das Ausklamüsern der Einzelsprüche auf die Grundstücke in den meisten Fällen gar nicht mehr möglich ist, das scheint mir zu kompliziert. Deshalb ist das einzige, was die Ehre und die Würde der Zwangsausgesiedelten wiederherstellen könnte, die Einbeziehung in eine Ehrenrente. Es würde ihnen wenigstens ein bißchen das Gefühl geben, daß der demokratische Rechtsstaat anerkennt, was sie aus politischen Gründen erliden mußten. Entscheidend ist: Sie sind damals skrupellos geopfert worden und sollten deshalb nicht länger unentschädigt und gedemütigt bleiben.

stacheldraht: Vielen Dank, Herr Schönemann. ■

Europäische Aufarbeitung

XIX. Kongreß der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus vom 14. bis 18. Juni in Berlin

(st)Die Treffen der internationalen Vertreter von Opfern des Kommunismus finden jedes Jahr in einem anderen Mitgliedsland statt. Mit der Wahl Berlins als Tagungsort 2011 wollte die Internationale Assoziation an den Bau der Berliner Mauer vor 50 Jahren erinnern. Gastgeber waren der deutsche Dachverband Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) und die Bundesstiftung zur

dieses XIX. Kongresses, Staatsminister Bernd Neumann, hatten Grußworte geschickt.

Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit auf europäischer Ebene untersuchte Dr. Anna Kaminsky in ihrem Referat. Um einen Maßstab für die so unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen ehemaligen kommunistischen Ländern zu finden, zählte sie zunächst einige der vielen Fragen auf, die sich zwangsläufig aus der Beschäftigung mit der kommunistischen Vergangenheit ergeben: Wie kann Gerechtigkeit für die Opfer hergestellt werden? Wer ist eigentlich Opfer und hat Anspruch auf Wiedergutmachung? Wie soll man mit den Tätern umgehen, wie mit den kommunistischen Parteien? Darf man die Täter beim Namen nennen? Welche Akten sollen der Öffentlichkeit und welche den Opfern frei zugänglich sein? Wie erfolgen Rehabilitation und Entschädigung? Werden die Opferschicksale gesellschaftlich ernstgenommen? In allen Ländern gäbe es Hunderttausende anerkannter Opfer, aber kaum jemanden, der die Verantwortung dafür übernehme. Auch die Klage über ein Desinteresse von Schulen und Medien sei länderübergreifend. Anhand der Beispiele Polens, Tschechiens und Ungarns erörterte Anna Kaminsky dann die Spaltung nationaler Gesellschaften bei der Bewertung ihrer kommunistischen Vergangenheit. Diese mangelnde Übereinkunft auf nationaler Ebene verhindere auch den notwendigen „Konsens über die Vergangenheit“ in Europa.

Die Darstellungen der kommunistischen Diktaturen im Unterricht nahm Dr. Jens Hüttmann von der Bundesstiftung Aufarbeitung mit seinem Vortrag in den Blick. Rahmenlehrpläne, Prüfungsthemen, Schulbücher und didaktische Angebote neben dem Unterricht seien wichtige Einflußfaktoren. Allerdings läge bisher keine vergleichende Untersuchung aller Schulbücher der ehemaligen kommunistischen Staaten vor. So konnte Hüttmann nur stichprobenartige Beispiele bringen. Neben der Tendenz vieler Länder, die überwundene Diktatur nur am Rande oder geschönt zu behandeln, seien z.B. georgische und litauische Lehrbücher durchaus anregend wegen ihrer widersprüchlichen Darstellung: „Widerspruch und Deutungskonflikte können konstruktiv für den Unterricht sein.“

Viel Raum war in diesen Tagen den Gesprächen der Delegierten sowie den Länderberichten mit ihren Darlegungen der jeweiligen politischen Situation und den Aktivitäten der Opferverbände eingeräumt. Zunächst berichtete Jure Knezović, Präsident der Internationalen Assoziation, was die Organisation im vergangenen Jahr unternommen hat. Besonders wichtig waren dabei die Bemühungen um Unterstützung der Europäischen Union. Zwar konnten mehrere Kontakte zu europäischen Institutionen geknüpft werden, doch herrsche dort noch, so Knezović, die Meinung vor, daß die Aufarbeitung der Folgen kommunistischer Diktatur und die Schaffung einer Erinnerungskultur nationale Aufgaben seien. Angesichts der Tat-



Foto: Bundesstiftung Aufarbeitung

Roland Jahn (r.) und Dr. Anna Kaminsky im Gespräch mit Präsident Jure Knezović.

Aufarbeitung der SED-Diktatur, die für die Tagung auch ihre Räume zur Verfügung gestellt hatte. Die ca. 35 Teilnehmer kamen aus zwölf Ländern: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Moldawien, Rumänien, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Sie wurden noch am Anreiseabend mit einem Empfang begrüßt, an dem auch der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn, der Berliner Landesbeauftragte Martin Gutzeit, die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung Dr. Anna Kaminsky und der Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen Dr. Hubertus Knabe teilnahmen und schon bald mit den Gästen ins Gespräch kamen.

Im Namen der Bundesregierung hieß Staatssekretär Dr. Christoph Bergner die Teilnehmer willkommen und berichtete von den deutschen Bemühungen, die DDR-Vergangenheit aufzuarbeiten. Dabei ging er auch auf die einseitige MfS-Fokussierung ein: „Schild und Schwert brauchen immer Schild- und Schwerträger.“ Der Bundespräsident und der Schirmherr



Foto: N. Radlitz

Dr. Maria Nooke (r.) erklärt den Gästen das Gelände der Gedenkstätte.



Foto: Bundesstiftung Aufarbeitung

Der neuernannte Ehrenpräsident Roland Bude (l.) mit Jure Knezović, Dr. Hubert Procházka aus Tschechien, einem lettischen Delegierten und Dr. Vanda Briedienė aus Litauen (v.l.n.r.).

sache, daß die Internationale Assoziation eine europäische Vereinigung der Opfer eines in Europa entstandenen totalitären Systems ist, wollten sich die Delegierten allerdings mit diesem Verweis auf die nationale Ebene nicht zufriedengeben. Sie beschlossen, ihre Anstrengungen in Richtung EU verstärkt fortzusetzen. Das spiegelte auch die am Ende des Kongresses von allen Teilnehmern verabschiedete Resolution (s. nächste Ausgabe) wider.

Rehabilitierung, Entschädigung und gesellschaftliche Anerkennung der Opfer des Kommunismus sind nicht nur in den einzelnen Ländern sehr verschieden, sondern ihre Qualität wechselt auch mit den jeweils neu gewählten Regierungen. Die Erfahrungen der ost- und südosteuropäischen Mitgliedsverbände zeigen über die Jahre die Tendenz, daß konservative Koalitionen eher Verbesserungen, sozialdemokratisch-sozialistische dagegen eher Verschlechterungen bringen. Das ist vor allem dem Umstand geschuldet, daß sich in den meisten dieser Länder hinter dem Etikett „sozialdemokratisch“ die Nomenklatura der alten kommunistischen Herrschaftsparteien verbirgt. Neben sachlichem Austausch kamen auch in diesem Jahr die Emotionen nicht zu kurz. Viele Teilnehmer kennen sich seit langer Zeit, sehen sich aber nur in großen Abständen. Ihre herzliche Verbundenheit untereinander war augenfällig. Sie zeigte sich nicht zuletzt in dem Beschluß, das langjährige ehemalige Präsidiumsmitglied Roland Bude zum Ehrenpräsidenten zu ernennen. Das Engagement der Gastgeber ging ebenfalls über die Organisation eines reibungslosen Ablaufs hinaus. Von der Stiftung Aufarbeitung wurden die Gäste ausgesprochen fürsorglich betreut,

und der stellvertretende Vorsitzende der UOKG, Ernst-Otto Schönemann, unterhielt die Delegierten während zahlreicher Busfahrten durch die Stadt mit kundigen und humorvollen Erläuterungen der Berliner Geschichte und Architektur.

Diese Fahrten führten auch zu verschiedenen Exkursionsorten. So besuchten die Kongreßteilnehmer das Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik. Dort wurden sie von Dr. Bertram Nickolay über das Projekt der „automatisierten virtuellen Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen“ informiert und sahen eine Computersimulation der Wiederherstellung vorvernichteter Aktenseiten. Die Gäste zeigten sich sehr interessiert an diesen Möglichkeiten der Wiederherstellung geheimdienstlicher Unterlagen. Allerdings besteht in einigen ihrer Heimatländer das eigentliche Problem darin, daß die Akten unter Verschuß gehalten werden oder schwer zugänglich sind.

In der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen wurden die Kongreßteilnehmer von Referentin Edda Schönherz, die selbst politisch inhaftiert war, durch das Gelände geführt. Die eindrucksvollen Schilderungen der Zeitzeugin ließen dabei so manche Erinnerung an die eigene Verfolgung und Leidenszeit aufsteigen. Das weitläufige Areal der Gedenkstätte Berliner Mauer erläuterte die stellvertretende Direktorin Dr. Maria Nooke. Dabei erklärte sie Artefakte ebenso wie die gestalterische Konzeption auf dem ehemaligen Mauerstreifen. Immer wieder erwähnte sie konkrete Fälle von Opfern an dieser innerstädtischen Todesgrenze. Besonders erschütterte ihre Zuhörer die

Geschichte der Kinder, die beim Spielen ins Wasser fielen und ertranken, weil die Ost-Berliner Wasserschutzpolizei eine Rettung von der Westseite aus nicht zuließ.

Eine gemeinsame Andacht in der Kapelle der Versöhnung beschloß die Besichtigung. Seit 2005 wird dort von dienstags bis freitags jeweils eines Mauertoten gedacht. An diesem Tag war es der im Alter von 25 Jahren an der Grenze erschossene Werner Probst, dessen Leben und Sterben Pfarrer Manfred Fischer beschrieb.

Zu einem Höhepunkt des Kongresses wurde noch einmal die Teilnahme an der offiziellen Gedenkfeier der Bundesregierung zu Ehren der Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Bereits 2003 hatte die Internationale Assoziation auf ihrem Kongreß in der Slowakei den 17. Juni zum internationalen Tag des Widerstandes gegen den Kommunismus ausgerufen. Nach der Kranzniederlegung auf dem Friedhof Seestraße empfing Berlins Regierender Bürgermeister Klaus



Foto: N. Radlitz

Wowereit die Gäste im Roten Rathaus. In seiner Ansprache betonte er, daß aus heutiger Perspektive der Kampf nicht vergebens gewesen sei, auch wenn die Erhebung damals niedergeschlagen wurde. Dies gelte ebenso für die frühen Aufstände gegen die Diktatur in den osteuropäischen Ländern. Wowereit dankte den ehemaligen politisch Verfolgten und Widerständlern gegen den Kommunismus für ihr Engagement in der Gegenwart. Dafür würden sie zwar nicht überall mit offenen Armen empfangen, manche würden das als störend empfinden, aber „ich möchte Sie auffordern, weiter zu stören. Denn es ist noch nicht alles erledigt.“ ■

Klaus Wowereit (l.) und Jure Knezović beim Empfang im Berliner Rathaus.

Früher Widerstand

Projekttagung der Lagergemeinschaft Workuta/Gulag Sowjetunion

Sie gehören zu den ersten, die im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, der sich seit 1949 DDR nannte, Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft leisteten. Sie sind heute alle so um die achtzig, doch noch immer beherrscht der mit dem Widerstand und seinen Folgen zusammenhängende Abschnitt ihres Lebens ihre Erinnerungen und die politischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. In Halle an der Saale trafen sich die in der Lagergemeinschaft Workuta/Gulag Sowjetunion vereinten Frauen und Männer zu ihrer jährlich stattfindenden und von der Stiftung Aufarbeitung unterstützten Projekttagung, in der der frühe Widerstand gegen den Kommunismus im Nachkriegsdeutschland und die Frage, warum er so in Vergessenheit zu geraten droht, zentrales Thema waren. Als Referenten eingeladen waren Dr. Karl Wilhelm Fricke, Dr. Sybille Gerstengarbe und Sascha Möbius, stellvertretender Direktor der Stiftung Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt. Herzliche Grußworte an

die Versammelten richteten Dr. Rüdiger Fickenscher, ehemals Vizepräsident des Landtages und Christoph Koch, stellvertretender Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt.

Dr. Fricke, selbst viele Jahre politischer Häftling, steht seit langem an der Spitze der Historiker und Wissenschaftler, die mit ihren Untersuchungen, Analysen und Veröffentlichungen die Geschichte des kommunistischen Terrors in Deutschland darstellen. In einem Grundsatzreferat unterschied er zwischen Opposition und Widerstand. „Wo aber Opposition unterdrückt wird, und zwar generell unter grober Mißachtung von Recht und Gesetz, da schlug sie oft in Widerstand um.“ Es sei ein politisches Faktum, sagte er, daß es nach der Wiederbegründung demokratischer Parteien nur Monate dauerte, bis sich in der SBZ Opposition und Widerstand formten. Fricke erinnerte in diesem Zusammenhang an den Christdemokraten Andreas Hermes und den Liberaldemokraten Waldemar Koch, die wegen ihrer oppositionellen Haltung auf Drängen der deutschen Kommunisten aus den Parteiämtern vertrieben wurden, in die sie demokratisch gewählt worden waren – Hermes als Vorsitzender der Ost-CDU, Koch als LDP-Vorsitzender. Und er nannte viele weitere Namen, deren Träger 1946 in die gewählten Landtage einzogen und in der Folge gegen jedes Recht verurteilt wurden, weil sie der SED und

ihrer sowjetischen Schutzmacht politisch unbequem geworden waren: „Alle diese oppositionellen Ansätze aus den ersten Nachkriegsjahren erklären sich vor dem historischen Hintergrund jener Desillusionierung, die in der SBZ/DDR einsetzte, als sich der Aufbau einer vermeintlich antifaschistisch-demokratischen Ordnung immer unverblümt als Taktik der KPD/SED zur Eroberung der politischen Macht erwies, als Entnazifizierung und Demokratisierung im Schulterschuß mit den sowjetischen Besatzern immer weniger verschleiert instrumentalisiert wurden zu dem Zweck, die Diktatur der SED zu etablieren.“

Ausführlich ging Dr. Fricke auf alle Formen des Widerstandes in den 40 Jahren der DDR-Herrschaft ein. „Es bleibt die Frage“, schloß er, „nach dem Sinn von Opposition und Widerstand... Wären sie nicht manifest geworden, wären Willkür und Repression unvergleichlich zügelloser, drückender und brutaler gewesen. Schon deshalb kann es keinen Zweifel an ihrem Sinn geben. Und deshalb waren auch die Opfer nicht vergebens, die zumal im Widerstand der frühen Jahre zwischen Waldheim und Workuta gebracht werden mußten. Ihr historisches Erbe zu bewahren und ihrer zu gedenken bleibt eine Verpflichtung der Gegenwart. Um der Zukunft willen!“

Wie sehr Dr. Fricke mit seinen Ausführungen die versammelten Frauen und Männer auch emotional getroffen hatte, bewies nicht nur der ungewöhnlich starke Beifall, sondern eher noch die Tatsache, daß sie ihn spontan und einstimmig zum Ehrenmitglied der Lagergemeinschaft erklärten.

Im weiteren Verlauf der Tagung, bei der auch die von Dr. Gursky geleitete Gedenkstätte Roter Ochse besucht wurde und in der eine Diskussion mit Schülern und Hallenser Bürgern stattfand, sprachen Dr. Sybille Gerstengarbe über die Folgen widerständigen Verhaltens für Angehörige der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in den Jahren 1945 bis 1960, Sascha Möbius über Grundlagen, Aufgaben und Perspektiven der Gedenkstättenarbeit in Sachsen-Anhalt sowie Horst Schüler über Perspektiven der von ihm geführten Lagergemeinschaft. Die nächste Projekttagung soll im Mai 2012 in Berlin stattfinden. Inge Englisch



Dr. Karl Wilhelm Fricke (r.) und Horst Schüler.

Symposium zu Horst Bienek

(hs) Horst Bienek wieder neu zu entdecken – dies war Anspruch und Inhalt eines Symposiums, das vom 22. bis 24. Juni von der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek – in Hannover veranstaltet wurde. Horst Bienek, 1990 in München verstorben, galt als einer der hoffnungsvollsten deutschen Lyriker und Schriftsteller, dessen Werke vor allem von seiner Haft in Workuta geprägt worden waren. 1951 in Potsdam verhaftet, von einem Sowjetischen Militärtribunal zu 20 Jahren Haft verurteilt, in den sowjetischen Gulag verschleppt, schrieb er u.a. den auch verfilmten Roman „Die Zelle“, in dem er Abschnitte des Leidensweges eines politischen Häftlings verarbeitete. Dazu fand zu Beginn des Symposiums ein Gespräch mit Zeitzeugen statt, bei dem Dr. Horst Hennig und Horst Schüler, die mit Bienek in einem Lager Workutas waren, über ihre gemeinsamen Erfahrungen berichteten.

Die Niedersächsische Landesbibliothek ist Eigentümerin des Nachlasses von Horst Bienek. Davon zeugt eine Ausstellung, die ebenfalls dazu beitragen soll, sich dem künstlerischen Wirken des aus dem schlesischen Gleiwitz stammenden Dichters anzunähern. Dies ist auch Inhalt eines Films von Tilman Urbach, der den Titel „Horst Bienek - Flucht vergeblich“ trägt und es verdient hat, vor einer breiteren Öffentlichkeit gezeigt zu werden. An dem Symposium nahmen zahlreiche Historiker und Künstler aus Deutschland und aus Polen teil.

Lebenslänglich ...

30. Treffen des früheren Bautzener Kirchenchores

Fast genau ein Jahr nach dem vorigen Wiedersehen in Eisenach, vom 5.–9. Juni 2011, und wiederum an gleicher Stelle kamen 14 noch reisefähige „Ehemalige“ des Bautzener Kirchenchores der 50er Jahre zusammen – der jüngste mittlerweile 79, der älteste 89 Jahre alt –, einige begleitet von ihren Ehefrauen. Es war das 30. der Treffen, die früher im Abstand von zwei Jahren und an oft wechselnden Orten ausgerichtet wurden, jetzt aber jährlich in Eisenach stattfinden. Wahrscheinlich handelt es sich um den einzigen Freundeskreis ehemaliger SMT-Häftlinge des „Gelben Elends“, der seine vor über sechs Jahrzehnten begründete Verbundenheit bis heute pflegt. Zwischen den Treffen sorgt ein seit 1954 zirkulierendes „Rundbuch“ dafür, daß alle Beteiligten regelmäßig voneinander hören. Jeder schreibt seinen „Brief“ mit familiären, beruflichen und sonstigen Neuigkeiten hinein oder teilt mit, was ihn bewegt. Inzwischen füllen diese Blätter 15 dicke Bände.

Noch immer wird gesungen, allerdings etwas schlichter als seinerzeit in Bautzen. Selbstverständlich versammelten wir

uns wieder in der schönen hauseigenen Kapelle des gastgebenden Hauses „Hainstein“ zu einer Andacht. Da Pastor, Organist und Chorleiter aus unserer Mitte kommen, konnten wir sie wie bisher ohne fremde Hilfe gestalten.

Seine besondere Note erhielt dieses Treffen durch den Besuch der jetzigen Bautzener Anstalts-Seelsorgerin, die den eindrucksvollen Fernsehgottesdienst des ZDF aus der Anstaltskirche des „Gelben Elends“ im vorigen Jahr gehalten hatte. Sie berichtete ausführlich über den aktuellen baulichen Zustand des Gefängnisses und zeigte dazu viele Fotos. Interessanter noch waren ihre Ausführungen über den heutigen, auf Resozialisierung zielenden Strafvollzug. Lebhaft, manchmal fast ungläubige Nachfragen betrafen die derzeitigen Haftbedingungen für die etwa 350 Gefangenen, waren wir doch damals dort zu 5000 und mehr eingepfercht. Mit großem Unmut sahen wir ehemaligen politischen Häftlinge die aktuellen Fotos der restaurierten Thälmann-Zelle, die noch immer, obwohl für den normalen Besucher nicht erreichbar, wie eine Wallfahrtskapelle wirkt.



Foto: Jochen Berndt

Die Teilnehmer des diesjährigen Treffens.

Unseren Gast mußten die vielen Gespräche tief anrühren, hörte die Pastorin doch authentische Berichte über die inhumane Haft im „Gelben Elend“ während der Russenzeit und der frühen DDR, erfuhr von totaler Isolierung der Gefangenen und ihren Demütigungen, von Tbc und Hunger, aber auch vom Bemühen der Männer, die innere Freiheit zu bewahren. Vor allem empfand sie den menschlichen Unterschied zwischen SMT-Gefangenen und den aktuell in Bautzen Einsitzenden. Die Gefangenen-Seelsorgerin erlebte, wie dauerhaft eine kirchliche Häftlingsgemeinschaft Menschen prägen kann: mehr als 25 Jahre – lebenslänglich!
Ulrich Haase

Aufklärung statt Abrechnung

„Sie müssen uns Stollberger doch aus tiefstem Herzen hassen“, diesen Satz höre ich im Mai 2011 zum zweiten Mal. Vor 20 Jahren hatten die Bewohner der Kleinstadt im Erzgebirge ähnliche Gedanken geäußert. 1991 war ich erstmalig zu einer Lesung von „Stell dich mit den Schergen gut“ nach Stollberg zurückgekehrt. Jetzt, anlässlich meines Vortrages im Buch + Kunst Laden Lindner, überreichen mir einige Besucher Blumen, Bastelarbeiten und Dankesbriefe. „Immer, wenn wir an Hoheneck vorbeifahren, fragten wir uns, wie es den Frauen darin ergeht, weshalb sie inhaftiert wurden und wie lang. Danke für Ihre Kraft! Danke für Ihre Aufklärung! Danke für Ihr Buch! Sie machen den heutigen Tag für uns zum Festtag“, übermittelte mir ein Drei-Generationen-Gespinn von Oma Anita (63), Tochter Manuela (45) und Enkelin Julia (23) auf einer Karte. „1991 hatte ich sechs Bücher gekauft“, erklärte eine Anwesende, „in Zeitungen konnte man ja nie etwas über die Inhaftierten von Hoheneck lesen. Erst durch Ihr Buch wurden wir aufgeklärt.“ Um so wichtiger ist es für mich und mei-

ne Leidensgefährtinnen, den Menschen heute das Gefühl zu geben, dass wir nicht generell jeden verteufeln, der in diesem Ort lebt.

Das Geschäft von Sigrid Lindner führt jetzt Enkelin Claudia (24). Die junge Buchhändlerin hat sich, wie ihre Großmutter auch, unserem Anliegen verschrieben. Bei der Signierstunde werden mir stark abgewetzte Exemplare der schon 1984 erschienenen Ausgabe von „Stell dich mit den Schergen gut“ vorgelegt. Diese Bücher sind durch viele Hände gegangen. Bis zum Mauerfall galt ich, der politische Häftling Nr. 5032, als unerwünschte Person. Und somit standen auch meine Werke auf dem Index. „Wir danken Ihnen sehr, daß Sie immer wieder an diesen Ort kommen, um die Menschen zu informieren“, meinte eine Besucherin. „Wir bewundern den Mut und die Kraft, die Sie aufgebracht haben“, ergänzte eine andere. Angesichts der Drohungen aus dem Jahr 1991 weiß ich die Worte zu schätzen. Sigrid Lindner erhielt vor meiner Anreise aus Köln anonyme Anrufe.

„Lassen Sie die Finger von der Sache. Kümmern Sie sich nicht um diese Angelegenheit“, lauteten die harmlosesten Einschüchterungsversuche. „Wir ziehen das durch“, signalisierte ich damals. In diesem Jahr gab es keine Drohungen. Da schlurfte lediglich kurz vor Beginn meines Vortrages die gefürchtete Zuchthaus-Aufseherin Margarete Suttinger, von uns „Einsuffzig-mit-Hut“ genannt, am Buchladen vorbei. „So viel Aufmerksamkeit in der Presse hat der Frauenkreis in all den Jahren nicht bekommen, wie jetzt

Aufmerksame Zuhörer – sie wollen die dunkle Seite ihrer Stadtgeschichte kennenlernen.



Foto: E. Thiemann

an einem einzigen Tag durch die Anwesenheit des Bundespräsidenten“, freute sich Pfarrer Markus Lippold. Und da mein Auftritt nicht von Abrechnung und Haß geprägt war, bat er mich um einen bal-

digen Vortrag in seiner Kirchengemeinde. Seine zwölfjährige Tochter schloß sich diesem Wunsch an: „Es wäre schön, wenn Sie auch unser Gymnasium besuchen könnten.“ Ellen Thiemann

den Vorwurf der Richterschaft, unter Generalverdacht gestellt zu werden, gelten lassen. „Wenn ein Verdacht aufkommt, wird er am besten durch Transparenz ausgeräumt.“

Gruppenbild mit Damen



Der „Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen“ am 13. Mai 2011 im Innenhof Zuchthauses mit dem Bundespräsidenten Dr. Christian Wulff und der Ministerin für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen, Prof. Dr. Dr. Freifrau von Schorlemer (l.v. Wulff).

„Mauer und Stacheldraht“

Am 4. Juli 2011 fand in Salzgitter-Lichtenberg eine Tagung des Verbandes politisch Verfolgter des Kommunismus e.V. mit dem Thema „Mauern und Stacheldraht“ statt. An der Gedenkstätte für die Verfolgten der SBZ/DDR-Diktatur auf dem Burgberg wurden die Toten mit einer Kranzniederlegung geehrt. Anschließend eröffnete der Ehrenvorsitzende des Verbandes, Wolfgang Becker, die Veranstaltung im benachbarten Hotel. Angelika Barbe moderierte, und der Schriftsteller Ulrich Schacht hielt einen sehr beeindruckenden Festvortrag. Roland Grafe, ein Journalist, der besonders mit Büchern zur

DDR-Geschichte bekannt wurde, zeigte am Nachmittag seinen Film „Die Grenze durch Deutschland“. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, wie bedrückend die Folgen des Grenzregimes bis heute nachwirken.

Für den musikalischen Rahmen der Veranstaltung, die dankenswerterweise von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert wurde, sorgten die Gospel-Singers mit begeistertem Gesang. Am Abend klang diese bewegende Tagung mit der deutschen Nationalhymne aus. A. Bauersfeld

Über die anstehende Novellierung des Stasiunterlagen-Gesetzes (StUG) referierte Stefanie Behmer, wissenschaftliche Mitarbeiterin von Beatrix Philipp MdB, die in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zuständige Berichterstatterin für Stasi-Unterlagen und BStU-Behörde ist. Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit würden noch immer Stasi-Verstrickungen neu enthüllt. Auch deshalb sei der Zugang zu den Akten ein wichtiges Instrument der Aufarbeitung. Neben einer Verlängerung der Überprüfungsfrist bis 31.12.2019 gehöre zum Inhalt der Novelle vor allem die Erweiterung des überprüfbaren Personenkreises u.a. auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ab Gehaltsstufe A13 mit leitender Funktion, entsprechende Beschäftigte in mehrheitlich öffentlich geführten Unternehmen, ehrenamtliche Bürgermeister und Bewerber um Wahlämter sowie Beschäftigte, Ehrenamtliche und Gremienmitglieder von Aufarbeitungsinstitutionen.

Im Bericht des Vorstandes informierte UOKG-Vorsitzender Rainer Wagner zunächst über die gerade zu Ende gegangene Tagung der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus in Berlin. Weitere Themen waren der Stand der Auseinandersetzung um eine Konzeption für die Stasi-Gedenkstätte in der Erfurter Andreasstraße, eine Anhörung zur Novellierung des Stasiunterlagen-Gesetzes und Gesprächstermine des Dachverbandes auf politischer Ebene (s. S. 3).

Transparenz schaffen

UOKG-Verbandstreffen am 18. und 19. Juni in Berlin-Hohenschönhausen

(st) „Der aktuelle Umgang mit DDR-Unrecht auf Landes- und Bundesebene“ lautete das Schwerpunktthema an diesem Wochenende. Als erste Gastreferentin sprach Ulrike Poppe, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. Wichtig vor allem bei der Betrachtung der Vergangenheit sei es zu differenzieren, denn nur so könne man vermeiden, die schlimmen Taten zu verharmlosen. Das breite Mittelfeld sei indifferent gewesen und habe sich durchlaviert. Diesen Verhaltensweisen müsse man sich mehr zuwenden und die Frage stellen, was

Menschen dazu gebracht habe, in entscheidenden Momenten auf bestimmte Weise zu reagieren.

Ulrike Poppe schilderte dann die Situation in Brandenburg beim Streit um die Überprüfungsfrage von Polizei und Justiz. Innenminister Woitke arbeite mit ihrer Behörde sehr aufgeschlossen zusammen, während der Justizminister neue Überprüfungen in seinem Ressort ablehne. Bei Personen mit hoheitlichem Handeln gegenüber Bürgern jedoch müsse ihrer Meinung nach unbedingt Transparenz hergestellt werden. Sie könne auch nicht

Die Verbandsvertreter verabschiedeten mehrere Resolutionen. Darin appellierten sie an die Verantwortlichen für das Konzept Andreasstraße, dieses noch einmal zu überdenken, und bekundeten ihre Solidarität mit der thüringischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Hildigund Neubert. Außerdem unterstützte der Dachverband den Kampf der Verfolgten Schüler um rechtliche Gleichbehandlung. Eine weitere Entschließung befaßte sich mit dem aktuellen Urteil des Verwaltungsgerichts Schwerin, nachdem einem ehemaligen Grenztruppenkommandeur der DDR und Stasi-IM das Bürgermeisteramt nicht verwehrt werden könne. Der Dachverband forderte, keine Täter der DDR-Diktatur zu Beamten oder Wahlbeamten zu ernennen. ■

XXI. Mahn- und Gedenktreffen

Die Initiativegruppe Lager Mühlberg e.V. lädt herzlich ein zu ihrem diesjährigen Treffen am 2. und 3. September 2011 in Mühlberg/Elbe und Neuburxdorf.

Freitag, 2.9.

17.00 Uhr – Eröffnung im Rathaussaal der Stadt Mühlberg/Elbe

17.15 Uhr – Vorstellung der Chronik der Initiativegruppe

17.45 Uhr – Acht ehemals im Speziallager Inhaftierte bzw. Angehörige Verstorbener berichten über ihre unterschiedlichen Erlebnisse nach der Entlassung

19.30 Uhr – gemeinsames Abendessen

Sonnabend, 3.9.

9.30 Uhr – Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof Neuburxdorf

10.30 Uhr – Ökumenischer Gottesdienst im Zelt am Lagergelände, Predigt: Pfarrerin Kerstin Höpner-Miech

11.30 Uhr – Gedenkveranstaltung am Hochkreuz, Gedenkrede: Matthias Taatz, Vorsitzender der Initiativegruppe

Anschließend ist Zeit für Gespräche und zur Begegnung im Zelt. Hier können zum Preis von 5,- € Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen eingenommen werden.

IG Lager Mühlberg

Gedenken in Jamlitz

Die Initiativegruppe Internierungslager Jamlitz e.V. lädt alle ehemaligen Internierten, Angehörigen und Interessierten ein zur diesjährigen Feier des Gedenkens an die Toten des Sowjetischen Speziallagers Nr. 6 Jamlitz am **10. September 2011**.

11.00 Uhr – Gedenkgottesdienst mit Pfarrer Friedrich D. Plasan in der Evangelischen Landkirche zu Lieberose

14.00 Uhr – Gedenken an den Massengräbern auf dem Waldfriedhof Jamlitz: Kranzniederlegungen, Begrüßung der Teilnehmer, Erinnern an die Toten, Gedenkansprache durch Dr. Dietmar Woidke, Minister des Innern des Landes Brandenburg, Grußwort, Schlußdank

16.00 Uhr – Gemeindehaus Jamlitz: Buchvorstellung „Das Speziallager Jamlitz in den Erinnerungen der Überlebenden“, herausgegeben von der Initiativegruppe Internierungslager Jamlitz e.V.

Von 9.00 bis 17.00 Uhr – Büchertisch, gastronomische Versorgung mit Imbiß, Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen im Gemeindehaus Jamlitz

Wer vom Bahnhof Lübben oder Cottbus abgeholt werden möchte, melde sich bitte telefonisch unter der Rufnummer (03 36 71) 26 82 (montags bis freitags 7.30 bis 15.00 Uhr).

Günther Kossatz, Vorsitzender

Umbenennung abgelehnt

(fk) Zur Umbenennung des Platzes vor dem Bundesfinanzministerium in „Platz des 17. Juni“ hat die UOKG kürzlich eine neue Initiative gestartet (s. 3/2011, S. 3). Erneut jedoch wies der Berliner Bezirk Mitte dieses Ansinnen zurück. In einem Schreiben verweist der Bezirk darauf, daß es keine rechtliche Handhabe gebe. Eine Umbenennung wäre nicht gerechtfertigt, weil Doppelbenennungen unzulässig seien. Der Bezirk bezieht sich dabei auf

die bereits existierende „Straße des 17. Juni“. Außerdem wäre eine Benennung privater Verkehrsflächen nur zur Sicherung der eindeutigen Orientierung möglich.

Die UOKG will dieses Thema dennoch weiterverfolgen, damit die historische Bedeutung dieses Ortes auch mit einer entsprechenden Bezeichnung hervorgehoben wird.

Ehrung

(tm) Am 10. Juni 2011 hat der Ministerpräsident des Landes Brandenburg Bürgern den Verdienstorden des Landes Brandenburg überreicht. Zu den Preisträgern gehörte auch Eckhard Fichtmüller, Vorsitzender der Initiativegruppe Internierungslager Ketschendorf. Er wurde geehrt für die Aufarbeitung der Geschichte des Sowjetischen Speziallagers Ketschendorf bei Fürstenwalde. Dort waren 1945 ca. 4000 politische Gegner inhaftiert. Viele von ihnen starben und wurden unter Geheimhaltung auf dem Friedhof in Halbe bestattet. Nach dem Zusammenbruch der DDR setzte sich der frühere Superintendent des Kirchenkreises Fürstenwalde-Strausberg für ein öffentliches Gedenken an die Opfer ein und machte ihre Schicksale publik. Herzlichen Glückwunsch! ■

Angezeigt

(fk) In der Märkischen Oderzeitung vom 4. Mai 2011 erschien ein Artikel über „Die Toten von Ketschendorf“, in dem über die Geschichte des Sowjetischen Speziallagers Nr. 5 Ketschendorf berichtet wurde. Als Reaktion darauf erhielt die Zeitung einen Leserbrief, den sie unter der Überschrift „Täter von einst werden zu Opfern“ in der Ausgabe vom 14./15. Mai veröffentlichte. In dem Brief heißt es gleich zu Beginn: „Über den Tod des Terroristen bin Laden freut man sich – den Tod von Naziverbrechern bedauert man.“

Nach Meinung der UOKG erfüllt diese Aussage den Tatbestand der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener in Form der Beleidigung. Deshalb hat sie bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder Strafanzeige gestellt. In der Begründung heißt es u.a.: „Diese Menschen, die zum Teil schon unter dem Naziregime verfolgt waren, pauschal als ‚Nazi-Verbrecher‘ abzustempeln und damit auf eine Stufe mit den Funktionsträgern des Holocausts zu stellen, stellt eine erhebliche Ehrverletzung dar.“ ■

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHEL-DRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Melanie (1939-2011)

Fast zeitgleich starben am 19. Juni die Menschenrechtlerinnen Jelena Bonner, Ehefrau von Andrej Sacharow, und Melanie Weber, die „Häftlingsbotin“. Melanie entging glücklicherweise der Haft. Den Gefallen, im Westen zu bleiben, hat sie der SED jedoch nicht erwiesen. Schon als junge Frau hat sie sich zum Widerspruch gegen das SED-Regime entschlossen, ab 1968 zum Widerstand. Mehrere TV-Dokumentationen wurden dazu gesendet. Zum Beispiel reiste sie unter größter Gefahr in den Westen, am Körper Zettel mit Notizen über die Bautzener und Cottbusser Haftanstalten. Gleichsam professionell konspirativ überbrachte sie Nachrichten über die Situation von Häftlingen ans Innerdeutsche Ministerium. Mehrere Fahrten dieser Art, getarnt als Verwandtenbesuche, ergänzten somit die Erkenntnisse der westdeutschen Behörden. Die Stasi stocherte im Nebel, auch die Spitzel im Gesamtdeutschen Institut haben nicht in Erfahrung gebracht, auf welchem Wege und durch wen die Informationen ihr Ziel erreichten. Melanie ist in Deutschland eine der meistgeehrten Frauen. Das Bundesverdienstkreuz verstand sie als Anerkennung von Mit-Menschlichkeit.

Von manchen Menschen sagt man, daß sie unersetzbar seien. Es ist kein Fall

ähnlichen Handelns wie Melanies für die Häftlinge bekannt geworden. Und mit ihrem Tod werden wohl die politischen Bildungsveranstaltungen des „Forum91“ im Rathaus und in der Universität von Freiberg zu Ende sein. Zu ihrem 60. Geburtstag schrieb ich sinngemäß: Zu ihren Vorbildern gehörten die Geschwister Scholl. Möge es eines Tages viele junge Menschen geben, deren Vorbild neben den Scholls auch „die Melanie“ ist. – Dem ist nichts hinzuzufügen. Irgendwann wird es auch in Freiberg Lehrer geben, die das ebenso sehen. Bernd Lippmann

Eine kämpferische Frau

Geboren in Dommitzsch/Elbe 1934, erlebte Sigrid Paul mit elf Jahren am Ende des Krieges, wie der Vater vom NKWD verhaftet wurde und bald darauf in dem berüchtigten Lager des sowjetischen Geheimdienstes Tost/Oberschlesien – ein Außenlager des Zuchthauses Bautzen – im Herbst 1945 umkam. Die Familie wurde enteignet. Später lernte sie als Wassersportlerin den Segler Hartmut Rührdanz kennen. Beide heirateten 1957, und 1961 wurde Sohn Torsten geboren, der so krank war, daß er nicht in Ost-Berlin behandelt werden konnte. Ein West-Berliner Krankenhaus nahm ihn auf. Der Mauerbau machte Besuche bei dem kranken Klein-

kind fast unmöglich, nur selten gab es ein Besuchervisum nach „drüben“. Die Familie entschloß sich zur Flucht, wurde verraten, verhaftet und wegen geplanter Republikflucht zu je vier Jahren verurteilt. Nach 18 Monaten plötzlich die Entlassung. Das Kind war bereits fünf Jahre alt, als die Eltern es wieder zu sich holen durften.

Nachdem 1989 endlich die Mauer gefallen war, suchte Sigrid Paul nach Wegen, um das Grab ihres Vaters zu finden. Wir lernten uns kennen auf unserer ersten Fahrt dorthin im Mai 1993 und hielten fortan engen Kontakt. Es war ihr wichtig, auf fast jeder Fahrt nach Tost dabei zu sein. Sie war ihrem so elend ums Leben gekommenen Vater stets sehr nahe.

Sigrid Paul starb am 18. Juni 2011 nach langer schwerer Krankheit. Sie wäre so gern im Mai noch einmal mit unserer Gruppe Angehöriger nach Tost gefahren. Von ihrer Spende habe ich einen Rosenstock auf der Gedenkstätte für die Toten von Tost pflanzen lassen. Sigrid Paul hat jahrelang Besucher durch die Gedenkstätte Hohenschönhausen geführt und 2007 ein Buch geschrieben: Mauer durchs Herz. Es ist die Geschichte einer traumatisierten, aber stets kämpferisch gebliebenen Frau. Ich wünschte sehr, sie hätte ein längeres Leben und mehr davon gehabt. Sybille Krägel

Suchanzeigen

Wer erinnert sich?

Mein Vater, Dr. med. Friedrich-Ernst Kluge, geb. 20.3.1901, Chirurg aus Coswig-Anhalt, wurde im Oktober 1945 in Halle zu zehn Jahren Besserungshaft verurteilt und nach Frankfurt/Oder verlegt, um laut sowjetischer Transportliste am 13. November 1945 nach Inta transportiert zu werden. Hier reißt die Spur ab. Das Rehabilitierungsschreiben der Russischen Militär-Hauptstaatsanwaltschaft gibt an, daß er am „24. Nov. 1945 in der Haftanstalt“ verstorben ist. Wer erinnert sich aus der Haft in Halle (Roter Ochse), Frankfurt/O. (Lager) bzw. vom Transport an meinen Vater? Wer hat Informationen über die Verhältnisse im Durchgangslager Frankfurt/Oder 1945? Hinweise bitte an Hans-Joachim Kluge, Am Bildstock 8, 36100 Petersberg, Tel. (06 61) 625 69

Arbeitseinsatz in Waldheim

Für eine Dokumentation des WDR, die sich im weitesten Sinne mit dem Arbeitseinsatz politischer und sonstiger Häftlinge in DDR-Haftanstalten befaßt, werden Kontakte benötigt und Zeitzeugen, die in den 70er oder 80er Jahren in der StVE Waldheim inhaftiert waren. Wer hierzu Auskunft geben oder Ansprechpartner vermitteln kann, setze sich bitte mög-

lichst kurzfristig mit dem zuständigen Redakteur in Verbindung: Dirk Bitzer, E-Mail dirk.bitzer@fm.wdr.de, Mobil-Tel. (0172) 256 30 85; Dirk Bitzer ruft gern sofort zurück, um keine höheren Kosten für die Anrufer zu verursachen.

Hoheneckerinnen

Wer kannte Helga Reuther, geb. Krause, geboren am 12. Mai 1947? Sie war vom 24. Februar 1971 bis 23. August 1972 in Hoheneck inhaftiert, auf Station 3589, in Zelle A. Ihre Tochter hofft sehr, durch ehemalige Haftkameradinnen der Mutter ein paar Informationen und Erinnerungen zu erhalten. Hinweise bitte schriftlich an die Redaktion der stacheldraht, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

Gescheiterte Fluchten

Für eine Doktorarbeit in Geschichte suche ich Zeitzeugen, deren Republikflucht über die Transitstrecken (Autobahn, Transitzüge) oder über organisierten Tourismus in westliche Staaten oder über Fluchthelfer gescheitert ist. Thüringen steht dabei im Mittelpunkt der Betrachtung. Solche Fallbeispiele veranschaulichen am besten die Kontroll- und Überwachungspraxis des MfS. Kontakt über (01 74) 773 42 08 Torsten Schopf

Veranstaltungen

6.8. (Sa), 11.00 Uhr:

Rundfunksendung „**Vergeben ja, vergessen nie!**“ 1945: Verschleppt in den Ural – heute auf dem Weg zur Versöhnung, mit Hildegard Rauschenbach †, Zeitzeugin u. Autorin; Prod. d. OEZ Berlin; Radio History, Berliner Kabelprogramm ALEX-OKB auf 96,2 MHz od. www.alex-berlin.de

7.8. (So), 19.30 Uhr:

Geboren hinter der Mauer. Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Schloß Glienicke, Orangerie, Königstr. 36, 14109 Berlin

7.8. (So), 23.10 Uhr:

„**Die Vergessenen – Tod, wo andere Urlaub machen**“. Film-Dokumentation von Freya Klier und Andreas Kuno Richter über Fluchtversuche von DDR-Bürgern über die bulgarische Grenze; RTL, Erstsending

9.8. (Di), 19.00 Uhr:

Leben mit der Mauer – Erinnerungen einer Berlinerin. Ingrid Taegner liest aus ihrem Buch; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

9.8. (Di), 19.00 Uhr:

Das kurze Leben des Chris Gueffroy. Filmaufführung u. Gespräch mit Karin Gueffroy, Dr. Maria Nooke, Klaus Salge; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

9.8. (Di), 19.30 Uhr:

Die Mauer stand in Eilenburg. Vortrag u. Diskussion mit Jens Schöne; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Dittrichring 24, 04109 Leipzig

10.8. (Mi), 19.00 Uhr:

In Erinnerung an den Bau der Mauer vor 50 Jahren: **Bilder und Erfahrungen von Flüchtlingen im Notaufnahmelaager Marienfelde.** Filmvorführung u. Zeitzeugenpodium; Veranstaltung der Erinnerungsstätte Notaufnahmelaager Marienfelde; Ort: Erinnerungsstätte, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

10.8. (Mi), 19.00 Uhr:

Der Weiße Strich. Ausstellungseröffnung und Podiumsgespräch; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

10.8. (Mi), 19.30 Uhr:

„**Ulbrichts Mauer**“. Buchvorstellung mit der Autorin Hope Harrison; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig u.a.; Ort: Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Die DDR-Grenztruppen an der Berliner Mauer

Der „antifaschistische Schutzwall“ hatte in Berlin eine Länge von 44 km und gegenüber Brandenburg von 112 km. Das vorliegende Buch, das auf vielen Materialien der Stasiunterlagen-Behörde und Aussagen von Zeitzeugen basiert, konzentriert sich speziell auf das Grenzregiment 33 im Zentrum Berlins mit seinen 1093 Soldaten (insgesamt gab es 50 000 Grenzsoldaten in der DDR). Die Befehlsgewalt über diesen Teil der NVA hatten das Ministerium für Nationale Verteidigung und auch das Innenministerium, dem die Grenzsicherung Berlins oblag. Die Grenzsoldaten waren ein Machtmittel der DDR gegenüber ihren Untertanen, durch die Anwendung der Waffe gegen Flüchtlinge machte sich jeder „zum Erfüllungsgehilfen des menschenverachtenden Regimes“. Denn diese „Grenzverletzer zu verhaften und zu vernichten“, war ihre eigentliche Aufgabe. Neben politischen Gründen bestand das Motiv, sich zu diesen Einheiten zu melden, in der Aussicht auf höheren Sold und baldige Wohnungszuteilung. Schüler konnten als Offiziersbewerber vorrangig auf die Oberschule gelangen. Die Behauptung, auch bei einem nicht geringen Teil der Offiziere (92 von Hundert waren SED-Mitglieder) seien weniger die politischen Überzeugungen als versprochene materielle Vorteile entscheidend gewesen, dürfte höchstens für die letzten DDR-Jahre zutreffen. Wissen sollte man aber auch, daß jeder Bewerber bei der Musterung gefragt wurde, ob er an der Grenze schießen würde; verneinte er dies, kam er mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zu den Grenztruppen.

Deutlich negativ wirkte sich auf die Stimmung der Soldaten die lückenlose Kontrolle aus. Stets hatte ein ideologisch zuverlässiger Postenführer einen als „politisch schwankend“ Eingeschätzten zu überwachen. Mit welcher Begleitperson es auf Wache ging, wurde immer erst in letzter Minute bekanntgeben. Um den Aufbau von Vertrauen zu verhindern, wurde die Posteneinteilung stets gewechselt. Das Führungssystem basierte nicht auf Kameradschaft und Vertrauen, sondern auf Überwachung und Mißtrauen. Der Autor kommt sogar zu der Schlußfolgerung: „Die Verhinderung von Fahnenfluchten aus den ‚eigenen Reihen‘ erhielt absurderweise eine höhere Priorität als die eigentliche Kernaufgabe der Grenztruppen“ – nämlich das Einsperren der Bevölkerung.

Klare Vormachtstellung an der Grenze besaß das MfS, das hier neben Spionageabwehr und einem eigenen Spionagedienst für das westdeutsche Grenzgebiet gerade unter den Grenztruppen über ein ausgedehntes Spitzelsystem verfügte. (Man rechnete auf sieben Grenzsoldaten einen Spitzel – der ebenfalls mit Bespitzelung rechnen mußte, weil man überprüfen wollte, ob er seinen Spitzelpflichten umfassend nachkam.) Die Motive, IM zu werden: naive Gutgläubigkeit, politische Überzeugung, Vorteile im Dienst. Unterstützt wurde das System durch rund 3000 „freiwillige Helfer der Grenztruppen“, die im Grenzgebiet wohnten und arbeiteten.

Die Bewaffnung der Einheiten mit Artillerie, Panzern und Granatwerfern ließ sich selbst nach DDR-Maßstäben mit einer Grenzsicherung kaum erklären. In der Tat waren sie auch zur „offensiven Gefechtshandlung“, das heißt zur Eroberung West-Berlins (Deckname „Stoß“, später „Zentrum“) vorgesehen. Bei den wiederholten, noch 1989 durchgeführten Übungen (Decknamen „Bordkante“ und „Stahlbrücke“) wurde stets mit Schützenpanzerwagen und Begleitbrücken „die Einnahme einer Großstadt“ erprobt. Angesichts des propagandistisch stark aufgebauten Feindbildes und der erzeugten Furcht vor einem „bevorstehenden Angriff der NATO“ übten die Grenzeinheiten, mit dem Argument, „der gegnerischen Aggression zuvorzukommen“, noch vor einem angeblich bevorstehenden Krieg einen Initialangriff mit dem Ziel, den Gegner auf seinem Territorium zu vernichten. Auch das sollte bei einer Bewertung der DDR-Grenztruppen nicht übersehen werden.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

.....
Jochen Maurer: Dienst an der Mauer, Ch.Links Verlag, Berlin 2011, 272 S., 29,90 €



Verdrängter Klassenkampf auf dem Land?

Die Fernsehsendung „Bauer sucht Frau“ ist sicherlich manchem bekannt. Darin präsentiert sich auch der ein oder andere ostdeutsche Bauer immer wieder gern – zur (Schaden-)Freude eines Millionenpublikums. Weit weniger vertraut dürfte aber vielen sein, daß der Bauernstand in Ostdeutschland noch immer von den Auswirkungen der sozialistischen Agrarpolitik geprägt ist. Denn die ostdeutsche Landwirtschaft in den Jahren des SED-Regimes ist auch über 20 Jahre nach dem Fall der Mauer ein in der Breite vernachlässigtes Thema im, zugegebenermaßen, weiten Feld der DDR-Aufarbeitung.

Einen übersichtlichen aber doch facettenreichen Einstieg in das Thema eröffnet der Sammelband „Klassenkampf gegen die Bauern – Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute“, der von Michael Beleites, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und Robert Grünbaum herausgegeben wurde. Darin zeichnen Zeitzeugen, Journalisten und Wissenschaftler ein differenziertes Bild der sozialistischen Agrarpolitik deutscher Prägung mitsamt ihren Auswirkungen, die bis in die Gegenwart reichen. Im Zentrum der Analysen steht die von der SED gesteuerte und mit allen Mitteln erzwungene Kollektivierung des landwirtschaftlichen Raumes der Jahre 1959/60. Die Beiträge zeigen, daß die Vollkollektivierung keineswegs freiwillig geschah – wie von der SED propagiert –, sondern nur durch massive Repression, Erpressung und Gewalt zustande kam.



Der „sozialistische Frühling“, wie die Kollektivierung im offiziellen Parteiduktus umschrieben wurde, war menschlich und moralisch tiefster Winter. Die dadurch geschaffenen Großstrukturen wirken bis in die Gegenwart fort. Davon profitieren noch heute frühere SED-Agrarkader, die sich im Zuge des Einigungsprozesses riesige Flächen sichern konnten und durch die Europäische Union mit Millionensummen subventioniert werden.

Insgesamt vermittelt das Buch damit einen facettenreichen Überblick zur Landwirtschaft in der DDR. Die historischen Entwicklungen zwischen dem Bau der Mauer 1961 und der Friedlichen Revolution 1989 geraten zwar etwas aus dem Blick. Statt dessen aber beleuchtet der Sammelband verstärkt unterschiedliche Perspektiven der Kollektivierung, was interessant ist und darüber hinaus auch Ansätze bietet, das Thema in der politischen Bildung zu verankern, zum Beispiel anhand von Einzelschicksalen (Udo Grashoff), MfS-Akten (Daniela Munkel) oder der Dokumente, die im Text von Falco Werkentin abgedruckt sind. Schade ist jedoch, daß das Buch für Leser, die sich im Anschluß an die Lektüre noch ausführlicher mit dem Thema befassen wollen, keine beigefügte Auswahlbibliographie bereithält. Deutlich wird in diesem Buch aber, daß die sozialistische Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion in der DDR auch nach über 20 Jahren Deutscher Einheit Fragen an die heutige Gesellschaft stellt. Die Herausgeber fordern darüber eine breite öffentliche Debatte.

Benjamin Griebe

.....
Hg. Michael Beleites, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Robert Grünbaum: *Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute*, Metropol Verlag, Berlin 2010, 167 S., 16,- €
.....

Neuaufgabe

(AT) „Der Feind an meiner Seite“ war erstmalig im Jahr 2005 erschienen. Die Fortsetzung des Buches von Ellen Thiemanns Bestseller „Stell dich mit den Schergen gut“ wurde jetzt neu aufgelegt und um ein aktuelles Vorwort erweitert. Darin findet auch der Besuch des Bundespräsidenten Christian Wulff im Mai 2011 im Frauenzuchthaus Hoheneck Erwähnung.

Veranstaltungen

11.8. (Do), 19.30 Uhr:

„**Der Weg zur Mauer**“. Buchvorstellung mit dem Autor Manfred Wilke; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig u.a.; Ort: Dittrichring 24, 04109 Leipzig

11.8. (Do), 20.00 Uhr:

„**Der weiße Strich**“. Buchvorstellung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Literaturforum im Brechthaus, Chausseestr. 115, 10115 Berlin

13.8. (Sa), 10.00 u. 13.00 Uhr:

Eingesperrt und überwacht. 50 Jahre Mauerbau. Archivführungen und Präsentation v. Stasi-Unterlagen; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

13.8. (Sa) u. 14.8. (So), 11.00-15.00 Uhr:

„**Mit der S-Bahn in den Westen**“. Theaterszenen; Veranstaltung der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde u.a.; Ort: Ladenpassage im Bahnhof Friedrichstraße, Berlin

13.8. (Sa), 16.00 Uhr:

Gehen oder bleiben? Gemeinsame Wurzeln – geteilte Erinnerungen. Podiumsdiskussion d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Oberrathausaal, Marktplatz 1, 98527 Suhl

14.8. (So), ab 11.00 Uhr:

Wasser- und Grenzgeschichten aus dem geteilten Berlin. Moderierte Schiffstour zur Geschichte von Mauer und Teilung auf den Wasserstraßen Berlins. Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Ab/An Hafen Treptow, 11.20-14.40 Uhr (ab 11.00 Uhr Einführung auf dem Schiff; Fahrpreis inkl. Führung 19,90 € p.P., Karten Tel. (030) 53 63 60-0 (Verkaufsbüro Stern- und Kreisschiffahrt im Hafen Treptow), Online www.sternundkreis.de

17.8. (Mi), 19.30 Uhr:

Tödliche Grenze. Vortrag u. Gespräch mit Stephan Wolf, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin; Ort: Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstr. 12, 19055 Schwerin

18.8. (Do), 19.00 Uhr:

Bluesmessen in der DDR. Die Stasi war immer dabei. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Dirk Moldt, Historiker; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle; Ort: Stadtmuseum Halle, Große Märkerstr. 10, 06108 Halle

21.8. (So), 19.30 Uhr:

Eine Flucht und ihre Folgen. Podiumsgespräch mit Zeitzeugen einer Flucht in den Westen 1971; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Schloß Glienicke, Orangerie, Königstr. 36, 14109 Berlin

23.8. (Di), 19.00 Uhr:

Dichterin in Diktatur und Exil – Marina Zwetajewa zum 70. Todestag. Ein

Programm der Schauspielerin Nicole Haase; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

23.8. (Di), 19.00 Uhr:

Jürgen Fuchs – ein literarischer Weg in die Opposition. Biographische Lesung mit Udo Scheer, Publizist; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Stadtbibliothek, Zweigbibliothek Damgarten, Wasserstr. 34a, 18311 Ribnitz-Damgarten

23.8. (Di), 19.30 Uhr:

„Beide Sommer“. 13. August 1961 und 21. August 1968. Buchlesung mit dem Autor Utz Rachowski; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus, Amthordurchgang 9, 07545 Gera

25.8. (Do), 14.00-18.00 Uhr:

Besuchertag. 18.00 Uhr: **„Bis ich auf das Thema mit der Macht kam“**, Lieder und Texte von und mit Stefan Krawczyk; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

25.8. (Do), 19.30 Uhr:

Ich mußte raus. 13 Wege aus der DDR. Fluchtgeschichten – Lesung mit Autor Constantin Hoffmann; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle u.a.; Ort: Stadtbibliothek Halle, Salzgrafenstr. 2, 06108 Halle

29.8. (Mo), 19.30 Uhr:

Operation **„Ikarus“**. Fluchtversuch mit selbstgebautem Flugzeug. Vortrag u. Zeitzeugengespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt u.a.; Ort: Kleine Synagoge, An der Stadtmünze 5, 99084 Erfurt

30.8. (Di), 19.30 Uhr:

Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung zum Mauerbau 1961. Buchvorstellung u. Gespräch mit Prof. Dr. Daniela Münkel, Herausgeberin, BStU Berlin, und Dr. Willi Polte, Oberbürgermeister a.D. und Zeitzeuge; Veranstaltung d. BStU; Ort: Zentralbibliothek, Breiter Weg 109, 39104 Magdeburg

Vorschau

14.9. (Mi) - 16.9. (Fr): **Von der SED-Diktatur zum Rechtsstaat**. Der Umgang mit Recht und Justiz in der SBZ/DDR. Tagung d. Deutschen Gesellschaft u.a.; Ort: Vertretung d. Freistaats Thüringen beim Bund, Mohrenstr. 64, 10117 Berlin; nur nach Anmeldung bis 7.9. bei Dt. Gesellschaft, Mosse Palais, Voßstr. 22, 10117 Berlin, Tel. (030) 88 41 21 41, E-Mail dg@deutsche-gesellschaft-ev.de

Als Ellen Thiemanns Ex-Mann als einer der größten Stasi-Spitzel unter den DDR-Sportjournalisten enttarnt wird, beginnt ihr Kampf um Gerechtigkeit, Wahrheit und Aufklärung. Sie legt Zeugnis ab über die Machenschaften von Stasi und SED, über die Verbrechen der Diktatur, auch im Sport. Ein Aufschrei gegen die Verharmlosung und Verklärung der DDR-Geschichte. Wichtige Kapitel: Der Kampf der Autorin mit der Justiz bezüglich ihrer Anzeigen gegen Gefängnispersonal, Stasi-Vernehmer, Staatsanwältin; die Tagung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages im Zuchthaus Hoheneck 1993, bei der ehemalige politische Häftlinge den Politikern von ihrem Leid berichten.

Ein packendes Zeitdokument über einen Verrat, der unter die Haut geht.

.....
Ellen Thiemann: Der Feind an meiner Seite, Herbig Verlag München 2011, 2. überarb. Aufl., 368 S., 22,90 €



Ausstellung

Am 21. Juni wurde im Potsdamer Landtag von der Brandenburger CDU-Fraktion und der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) die Ausstellung „Im Tigerkäfig der Stasi“ eröffnet. Sie zeigt Bilder des Malers Gino Kuhn, der als Fluchthelfer verhaftet wurde und zweieinhalb Jahre in Cottbus und Berlin-Rummelburg inhaftiert war. Mit der Wanderausstellung, die von der VOS initiiert wurde und in weiteren Landtagen zu sehen sein wird, soll an die politisch Verfolgten erinnert und ein Zeichen dafür gesetzt werden, daß Stasibelastete nicht in Amtsstuben und Landtage gehört.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im August Geburtstag haben

Hans-Joachim Schafft am 1. August, Thomas Drobisch am 3. August, Gretel Staschek am 4. August, Ekkehard Schultz am 7. August, Olaf Burow, Jürgen Klandt, Alfred Ullmann am 8. August, Elisabeth Junge am 9. August, Rudolf Böhm, Volker Pilz am 10. August, Waldemar Moritz am 12. August, Wolfgang Göllnitz am 15. August, Horst Schüler am 16. August, Holger Buge am 17. August, Ingeborg Wrabec am 22. August, Erika Ryssel am 25. August, Günther Rudolph am 29. August

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich
 die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Do 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Di-Fr 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption), Mo-Fr 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 49 63 34, Fax (030) 55 49 63 32
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de
 Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin

Elke Weise, Juristin, Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik, Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlichen Dank unseren Spendern

Curt u. Suse Hausold, Heinz u. Eva
Lehmann, Lotte Ohnezeit, Hildegard u.
Günter Peterk, Anita Schmidt, Walter
Schulze, Hans Schwenke, Rudolf Zenker,
Helmut Zock

BSV Berlin-Brandenburg

Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Günter Albrecht, Maria Behrendt, Joach-
im Bergter, Peter Briedigkeit, Gottfried
Dutschke, Gertraud Engelskircher, Ursula
Feustel, Eduard Finger, Gottfried Gläser,
Wolfgang Haars, Dr. Rolf Haberland,
Hermine Hecker, Wolfgang Heilmann,
Gottfried Hieronymus, Monika Hirkow,
Wolfgang Hirth, Dr. Hartmut Holz, Helm-
fried u. Inge Huschak, Hans Joachim Kai-
ser, Rainer Köhler, Willi Kranz, Dr. Detlef
Krausel, Manfred Langkath, Horst Lehne,
Klaus Muder, Dr. Torsten Müller, Günther
u. Irene Müller, Heinz Nedorn, Gerhard
Nehls, Lotte Ohnezeit, Bodo Platt, Detlev
Putzar, Eike Radewahn, Dieter Reimitz,
Günter Roike, Anneliese Schilling, Ani-
ta Schmidt, Siegbert Schmolke, Ingrid
Schnalke, Roswitha Schulte-Karring,
Ulrike Schultz, Annegrete Schweers, Lo-
thar Spillner, Dr. Heinz Steudel, Siegfried
Stoy, Oskar Stück, Gerold v. Busse, Hans-
Georg Wagner, Dr. Egon Weber, Dieter
Weise, Fredi Wietzoreck, Hans-Georg
Wolf, Ursula Wünsche, H. Wüstemann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein,
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708
48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck
„Stacheldraht-Spende“

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
E-Mail: bsvbb@yahoo.de

Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1,
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,
Haus 14, 10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 32
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48,
Nr. 665 52 45 01

Union der Opferverbände Kommunis- tischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Verbandekoordination: Carola Schulze,
Florian Kresse
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,
Tel. (030) 55 77 93-51
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1,
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,
Haus 14, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem
BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,
BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 300

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn, Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber,
des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine
Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15. Juli 2011

